

Dezember 2011

# DER ROTE BÖRSENKRACH

Nachrichten aus Lehre, Wirtschaft und Gesellschaft  
Zeitung der Basisgruppe Volkswirtschaft (RBK)

## Schuldenbremse als Starkstrom- Weidezaun?



Nobelpreis • Bibliothek • Keynes Konferenz • Forum Hochschule • Warum mehr nicht immer besser ist • Warum weniger auch nicht immer besser ist • Zur Schuldenbremse • Vermögenssteuer Bullshit • Neue StEOP ist da • Was ein VWL Curriculum können könnte • Ernst Fehr Interview • Kommentar zum Interview

# INHALT

Editorial und Impressum	2
Nobelpreis - eine Reaktion	3
Neues aus der Bibliothek	4
Keynes Konferenz	5
Was ist die Forum Hochschule und warum das Ganze?	7
Warum mehr nicht immer besser ist	8
Warum auch weniger nicht immer besser ist	9
Zur Schuldenbremse	11
Vermögenssteuer Bullshit	13
Die neue StEOP ist da	14
Was ein VWL Curriculum können könnte	16
Interview mit Ernst Fehr	18
Kommentar zu Fehr	21
Abbildungsverzeichnis	23
Kontakt und Infos	24

## LIEBE MENSCHEN

die Verbauernbundisierung der österreichischen Staatsfinanzen schreitet voran. Die Schuldenbremse, von Vizekanzler Spindelegger treffend als „Weidezaun, der mit Starkstrom gefüllt ist“ charakterisiert mag kommen. Und, wir sind uns sicher, dass er recht behalten wird, wenn er zu ihrer Wirkung meint: „Das tuscht!“<sup>1</sup>

Idiotie beiseite: Neben STEOP, nicht genehmigten dritten Prüfungsantritten, Abschaffung von Studien, und Nebel haben wir es trotzdem (endlich) geschafft, eine neue Ausgabe der Zeitung rauszubringen. Der/die LeserIn findet tagespolitische Themen (Schuldenbremse, Nobelpreis, Vermögenssteuer) ebenso wie tolle Sachen (Forum Hochschule, Keynes Konferenz, Fachbereichsbibliothek, Ernst Fehr) und essentiellen Shit (Reaktion auf Ernst Fehr, Warum mehr nicht immer besser ist, STEOP, VWL-Curriculum).

Wie hoffen, dass es gefällt und laden ein, bei der nächsten Ausgabe (vl. im Jänner?) mitzuwirken.

Liebe Grüße und so weiter, euer Roter Börsenkrach / Studienrichtungsvertretung Volkswirtschaftslehre

---

<sup>1</sup> Michael Spindelegger anlässlich des Wiener Erntedankfests 2011 am Wiener Heldenplatz.

An dieser Ausgabe wirkten mit:  
Alexander Gotter, Therese Guttmann, Sven Hergovich,  
Johannes Leutgeb, Clara Moder, Philipp Poyntner,  
Sara Scheiflinger, Christoph Scheuch,  
Michael Windisch

Impressum:  
Der Rote Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:  
Johannes Leutgeb c./o. Studienvertretung Volkswirtschaft,  
Dr. Karl Lueger Ring 1, 1010 Wien  
Eigenvervielfältigung

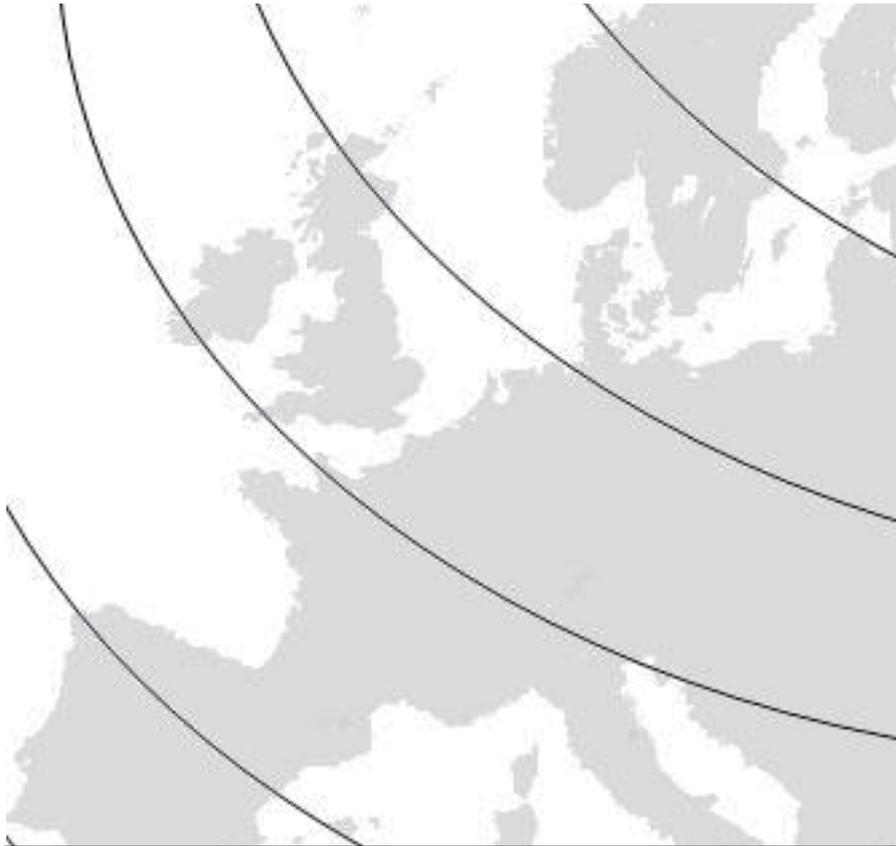


Abbildung 1-1: Die Sieger im Kampf um die höchste Indifferenzkurve

# NOBELPREIS: EINE REAKTION

Der Rote Börsenkrach kommt nicht umhin, auf die hanebüchene Frechheit hinzuweisen, zu der sich der Wirtschaftswissenschaften-„Nobelpreis“(1) entwickelt hat. Auch 2011 wurde die antiwissenschaftliche Ausrichtung des Preises wieder einmal bestätigt. Es durften sich zwei Makro-„Ökonomen“ über den Preis freuen. Warum das ein Frevel an der Ökonomie ist, muss klar sein: Nicht nur, dass schon seit den 70er Jahren gezeigt wurde, dass Makroökonomie besseres Voodoo ist, außerdem befassen sich die Nobelpreisträger mit Politikmaßnahmen und deren Auswirkung auf die Ökonomie. Was hat denn bitteschön Politik mit Ökonomie zu tun! Dafür gibt's schmierige linkslinke Institute, die sich um so was kümmern.

Der RBK gibt jedoch nicht auf in seinem Bestreben, Wissenschaft und Forschung zu erneuern, und führt die (von ernstzunehmenden WissenschaftlerInnen) l'ngst eingeschlagene Richtung fort und setzt einen mutigen nächsten Schritt: Die Mikrofundierung der Makroökonomie hat den glorreichen Feldzug schon fast(2) gewonnen, jetzt ist es an der Zeit, die Mikrofundierung ALLER Sozialwissenschaften anzugehen!

Der Erkenntnisgehalt wird enorm sein. Nehme man zum Beispiel die Ungleichgewichte in Europa: Seit Jahrhunderten mühen sich PseudowissenschaftlerInnen damit ab, herauszufinden, warum es Skandinavien viel besser als Spanien, Italien etc. geht. Dafür werden wirre Begriffe wie Macht, Politik, Geographie und ähnlicher Unsinn verwendet. Manchmal versuchen sogar HistorikerInnen, da mitzureden! Dabei ist die Antwort doch eindeutig und mikroökonomisch: Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark etc. unterscheiden sich in nur einer Variable bedeutend von den faulen SüdeuropäerInnen: Sie liegen auf höheren Indifferenzkurven!

In freudiger Erwartung bald nobelgepreist zu sein, Euer RBK

(1) Alfred Nobel schrieb in einem Brief: „Ich habe keine Wirtschafts-Ausbildung und hasse sie von Herzen.“

(2) Diese verdammten PostkeynesianerInnen!

# NEUES AUS DER BIBLIOTHEK

## Herbst 2011

### Neuigkeiten aus der Fachbereichsbibliothek!

In der Fachbereichsbibliothek hat sich im Herbst einiges geändert: Neben neuen, verlängerten Öffnungszeiten (die Bibliothek ist jetzt jeweils montags bis donnerstags von 10 bis 18 Uhr, freitags von 10 bis 15 Uhr geöffnet), im November fand ein großer Bücherflohmarkt in den Räumlichkeiten der Fachbereichsbibliothek statt. Am Flohmarkt wurden Bücher aus den unterschiedlichsten Themenbereichen der VWL und Staatswissenschaft angeboten.

Da in der heutigen Zeit elektronische Medien für eine umfassende Literaturrecherche unverzichtbar sind, erweitert die Bibliothek stets ihr Angebot an diesen Medien. Unter anderem wurde im Sommer die neue Suchoberfläche u:search implementiert, die ein gleichzeitiges Durchsuchen von Online-Katalog und ausgewählten Datenbanken ermöglicht. Außerdem hat die Bibliothek über 1.500 eJournals des Verlags Taylor and Francis (Routledge) lizenziert, darunter auch viele Zeitschriften aus dem Bereich Wirtschaftswissenschaften. Ab sofort sind beinahe alle Zeitschriften des Verlags ab 1997 elektronisch über die Elektronische Zeitschriftenbibliothek aufrufbar; Angehörige der Universität Wien können mittels VPN auch von zu Hause aus auf diese Zeitschriften zugreifen.

Für Studierende aller Fachrichtungen werden an der Hauptbibliothek laufend Fortbildungen zu bibliotheksrelevanten Themen angeboten; darunter Schulungen zum Kennlernen von Datenbanken bis hin zu Workshops zum Thema „Copyright und Plagiarismus“.

Ein relativ neues Projekt der Universitätsbibliothek ist die „Lange

Nacht der unabgeschlossenen Arbeiten“, an dem sich auch die Fachbereichsbibliothek Wirtschaftswissenschaften/VWL aktiv beteiligt:

Einmal im Semester hat eine der vielen Fachbereichsbibliotheken der Universität Wien für Studierende aller Fachrichtungen, die gerade am Verfassen einer Seminar-, Diplom- Bachelor- oder sonstigen Arbeit sind, eine ganze Nacht lang geöffnet. Neben den Bibliotheksräumlichkeiten werden den Studierenden noch eine Reihe anderer Dinge geboten: Die BibliothekarInnen vor Ort helfen beim Recherchieren, Zitieren, Formatieren, beantworten Fragen zu Literaturverwaltungsprogrammen und Plagiatsproblemen und bieten mentale und moralische Unterstützung bei Schreibblockaden an. Darüber



Abbildung 2-1:  
Jedes Buch, zu jedem  
Thema

hinaus gibt es auch (kostenlos) kulinarische Unterstützung inklusive legaler Wachmacher aller Art. Die Planungen für das Wintersemester haben bereits begonnen. Die nächste „Lange Nacht“ wird voraussichtlich im Jänner 2012 an der Fachbereichsbibliothek Bildungswissenschaft, Sprachwissenschaft und Vergleichende Literaturwissenschaft stattfinden!

Und wenn ihr wissen wollt, wer hinter diesen ganzen Services steckt, dann kommt persönlich in der Fachbereichsbibliothek vorbei und lernt uns kennen!

### usearch:

<http://usearch.univie.ac.at/>

### elektronische zeitschriftenbibliothek

<http://rzblx1.uni-regensburg.de/ezeit/fl.phtml?bibid=UBWI>

### vpn

<http://www.univie.ac.at/ZID/vpn/>

### fortbildungen

<http://bibliothek.univie.ac.at/schulungen.html>

# KEYNES KONFERENZ 2011

Am 29. September 2011 organisierte die Arbeiterkammer Wien eine Konferenz im Gedenken an John M. Keynes (1883-1946) und insbesondere an sein 1936 publiziertes, wohl einflussreichstes Werk: „The General Theory of Employment, Interest and Money“. Mit seinen Erkenntnissen, dass unter anderem Marktwirtschaften nicht spontan zu einem Vollbeschäftigungsgleichgewicht tendieren sondern ohne lenkende Kraft auch bei Unterbeschäftigung festsitzen können, prägte er die Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit maßgeblich.

Fünf unterschiedliche Themen wurden an diesem Tag von ebenso vielen ReferentInnen und mehreren DiskutantInnen elaboriert und präsentiert. Mit einem historischen Überblick über verschiedene Interpretationen von Keynes und die Inkorporierung Keynesianischer Ergebnisse in die neoklassische Mainstreamökonomie begann Prof. Dr. Hagemann von der Universität Hohenheim. Als erster wesentlicher Interpret gilt John Hicks, der mit seinem 1937 erschienen Artikel „Mr Keynes and the Classics“ eine Interpretation der General Theory bot und damit den Grundstein für das noch heute in der einführenden Makroökonomie auftauchenden IS-LM-Modell legt. Hicks verteidigte jedoch das Neoklassische Modell und betrachtete Keynes' Analyse als den eigentlichen Spezialfall, obwohl Keynes dies vice-versa sah. Dennoch wurden die sich aus dieser neoklassischen Synthese bildenden Keynesianer – nicht zu verwechseln mit Post-Keynesianern! – mit ihrem Modell der kurzen Frist und der Möglichkeit fiskalischer Lenkung zu den wichtigsten Wirtschaftsberatern auf politischer und akademischer Ebene. Wichtige Vertreter dieser Strömung waren unter anderem A. Hansen, F. Modigliani, Paul Samuelson und James Tobin.

Stagflation, der Zusammenbruch der Philippskurve und das Unvermögen die Theorie ausreichend vor monetaristischen Angriffen rund um Milton Friedman zu verteidigen beendeten die Popularität fiskalischer Politik und der Keynesianer und lenkten den Fokus zurück auf ein verbessertes klassisches Modell und die Rolle der Geldpolitik. Eine Neuinterpretation der General Theory von A. Leijonhufvud (der jedoch seinen Interpretationsanspruch bald darauf zurücklegte) bettet erneut keynesianische Resultate in die neoklassische Lehre ein, diesmal aber als Imperfektionen im mikroökonomischen Walrasianischen Gleichgewichtssystem. Die Strömung wurde von E. Malinvaud, Don Patinkin, u.a. vorangetrieben und kann als Neokeynesianismus bezeichnet werden (oder auch als „französische Neuinszenierung der neoklassischen Synthese“).

Bestandteil der heutigen Mainstreamökonomie sind hingegen neukeynesianische Theorien, die als Antwort auf die Neuklassik und deren Real Business Cycle Modellen mit rationalen Erwartungen, erneut versucht haben, keynesianische Features wie Unterbeschäftigung, rigide Preise und Löhne und nachfrage- und auch angebotsseitig getriebene Zyklen in die neoklassische Lehre einzubetten.

Obwohl NeukeynesianerInnen zumindest ein Attribut im Bezug auf Keynes besitzen, haben die Grundannahmen und -methoden wenig mit Keynes tatsächlichen Ideen gemein, wie die darauf folgende Vortragende Prof.in Dr.in Sheila Dow aus Stirling meint. Auf methodologischer Ebene seien die Post-KeynesianerInnen Keynes bedeutend näher. Diese sogenannte heterodoxe Sichtweise versucht gezielt Politikfragen zu beantworten und betrachtet hierbei die Interdependenz

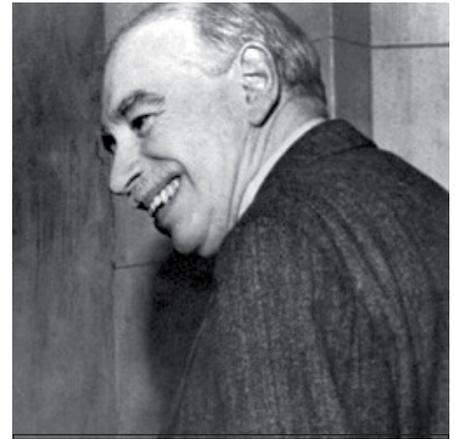


Abbildung 3-1: J.M.Keynes

von Theorie, institutionellem Kontext und der realen Ökonomie. Der Vortrag behandelte insbesondere post-keynesianische Vorschläge für Geldpolitikmaßnahmen. Die Verminderung von Unsicherheiten und die Aufrechterhaltung von Vertrauen seien unabdingbar für Herstellung eines stabilen Finanzsektors. Besonderes Augenmerk bekommt hier die Rolle von Vertrauen, sei es seitens der EinzahlerInnen in ihre Bank oder der Banken in die Zentralbanken.

Zur Betrachtung der fiskalpolitischen Seite trat Prof. Dr. Philipp Arestis auf (der auch im Sommersemester 2011 im Rahmen der selbstorganisierten Lehrveranstaltung „Heterodoxe Makroökonomie“ die Universität Wien besuchte). Er erklärte ein wichtiges neukeynesianische DSGE-Modell (=dynamisch stochastic general equilibrium), welches als Standardmodell für eine Zentralbank gilt, die Inflationssteuerung betreibt. In diesem Modell spielt Fiskalpolitik keine Rolle, da sie in keiner Variable repräsentiert wird. Obwohl fiskalische Maßnahmen nicht auf allen Ebenen empirisch unterstützt werden, sollten sie deswegen keineswegs missachtet werden, so wie es die letzten Jahre geschah. Fiskalpolitik kann als effektives Instrument zur Steuerung der aggregierten Nachfrage dienen, insbesondere wenn sie ausreichend mit Geldpolitik koordiniert wird. Auch die neueste Finanzkrise zeigt, dass mit Geldpolitik allein keine Depression verhindert werden kann.

Prof. em. Dr. Jürgen Kromphardt beschäftigte sich mit der Lohnhöhe und Beschäftigung bei Keynes, da eine wichtige Aussage der General Theory im Nachweis besteht, dass Lohnsenkungen keinen geeigneten Ansatz darstellen, um Beschäftigung zu erhöhen. Der Vortragende bot empirische Untersuchungen an, ob bei Lohnsenkungen der positive Effekt auf Investitionen und Nettoexporte oder der negative Effekt auf Konsum überwiegt, jedoch mit durchaus unterschiedlichen Ergebnissen. Auch rief er die Auseinanderentwicklung der Lohnstückkosten im Euroraum und deren Probleme in Erinnerung. Die eher unbekannt lange Frist bei Keynes wurde zum Abschluss der Vorträge von Dkfm. Dr. Ewald Walterskirchen behandelt. In seinen Artikeln „The Long-Term Problem of Full Employment“ und „Economic Possibilities of our Grandchildren“ versuchte sich Keynes als Prophet und skizzierte die kommenden hundert Jahre. In der Nachkriegszeit werden auf Grund dringender Wiederaufbaumaßnahmen die Investitionen größer als das Sparvolumen sein und die Inflation wird zum Sorgenkind werden. In kommenden Jahrzehnten werden diese Investitionsmöglichkeiten jedoch erschöpft sein und die Spartätigkeit nimmt mit steigendem Einkommen zu. Hierauf muss die Politik versuchen das Sparvolumen mittels Umverteilungsmaßnahmen den niedrigen Investitionsneigungen anzupassen. Staatsbudgets werden hier ausgeglichen sein. Keynes tritt also für einen gesteuerten Kapitalismus ein, der auch regulieren und Krisen verhindern soll.

Für 2030 rechnete Keynes damit, dass der Lebensstandard durch technischen Fortschritt und Kapitalakkumulation derart gestiegen sei, dass die Arbeitszeit nur noch 15 Stunden pro Woche betragen werde und das Wirtschaftswachstum allmählich stagnieren werde. Leider war Keynes mit letzter Entwicklung wohl noch zu optimistisch.

Zusammenfassend betrachtet bot die Konferenz einen interessanten Überblick über die Aktualität von Keynes Meisterwerk in ökonomischen Streitfragen. Des weiteren scheinen viele grundsätzliche Aspekte der General Theory bisweilen vernachlässigt worden zu sein, wie die Skepsis gegenüber der Flexibilität von Märkten oder das Konzept der fundamentalen Unsicherheit oder Konzepte, die womöglich missinterpretiert wurden, wie die Bedeutung inflexibler Löhne und Preise. Eine pluralistische Ökonomie, die sich auch diesen Themen annimmt, ist jedenfalls wünschenswert.

Den Besuch derartiger Konferenzen legt der Autor übrigens allen interessierten Studierenden wärmstens ans Herz.

### **Kommende Konferenzen:**

(möglicherweise) Tagung der Keynes Gesellschaft in Linz, Februar 2012

# WAS IST FORUM HOCHSCHULE UND WARUM DAS GANZE?

Bekanntes oder Selbsterfahrung – eines wird deutlich: dem österreichischen Hochschulsystem geht es nicht gut.

## Hintergrund

Die OECD trifft in regelmäßigen Abständen ein vernichtendes Urteil über die österreichische Hochschulpolitik und bekräftigt neben vielen anderen die Notwendigkeit zur Erhöhung der AkademikerInnenquote. Das Hochschulbudget stagniert bzw. sinkt seit Jahren real. Auswirkungen dieses ‚zu wenig an Mittel‘ bekommen beispielsweise die Lehrenden und die Studierenden zu spüren. Für die Studierenden heißt das: Familienbeihilfe nur mehr bis 24 (mit Ausnahmen), Selbstversicherung doppelt so teuer und auch die Preise für das Wohnen in Studierendenheimen werden ansteigen. Für die Lehrenden bedeutet das: viele müssen nun statt 200 Prüfungen 700 korrigieren oder ihre Verträge werden nicht verlängert. Für die Hochschulen an sich bedeutet das, dass sogar ganze Studienrichtungen vor dem Aus stehen – siehe Internationale Entwicklung. Die Drohung der Streichung der Internationalen Entwicklung ist ein interessanter, exemplarischer Fall und hat nicht bloß mit dem finanziellen Notstand zu tun. Es ist die Studienrichtung, die für ihr Protestpotential bekannt und für ihre Mobilisierungsfähigkeiten von der Unileitung gefürchtet ist. IE ist noch aus einem weiteren Grunde spannend: Ist es doch das Studium, das aus dem Interesse von Studierenden gewachsen ist, das Forschung und Wissenschaft einmal anders angegangen ist und versucht hat, Inter- bzw. Transdisziplinarität zur

wissenschaftlichen Praxis zu machen. Der Wille der Studierenden war da, der der Politik bzw. des Rektorats leider nicht.

## „Hinter mir die Sintflut“

‚Hinter mir die Sintflut‘ – viele denken sich dieses Sprichwort, wenn sie sich die zukünftigen Möglichkeiten an den Hochschulen so ansehen. Teilweise wirkt es, als würden Menschen, die noch im Diplom studieren, aus der Steinzeit kommen – so surreal scheint es, Zeit zum Studieren zu haben und es sich auch leisten zu können. Seitens des Wissenschaftsministeriums wird ein Papier präsentiert, das sich ‚Expertenbericht – eine Außenansicht‘ nennt und von drei ProfessorInnen aus der Schweiz und aus Deutschland verfasst wurde. Lesenswert ist es nicht, der Inhalt aber leider sehr wichtig. Dieser Bericht ist die Basis, an der sich Minister Töchterle ab nun anlehnen wird, an die die Budgetmittel von Ministerin Fekter geknüpft sind. Wie von einem von der ÖVP in Auftrag gegebenem Werk zu erwarten war, kommt es nicht weit darüber hinaus, als nach Studiengebühren und ‚Zugangsmanagement‘ zu rufen und den ‚qualitativen Ausbau der Universitäten und den quantitativen Ausbau der Fachhochschulen‘ zu fordern. Angedacht wird ein Verhältnis von 40:60 (FHs:Unis). Das bedeutet im Klartext: Unis werden zu elitären Einrichtungen umgestaltet werden.

## Forum Hochschule

Die ÖH Bundesvertretung hat daraufhin beschlossen, ebenfalls an einem Hochschulkonzept zu arbeiten. Nennt sich: Forum Hochschule (FoHo). Dieses ist ein Projekt, das sich dezidiert mit der Innenansicht auseinandersetzen will. Mit dem FoHo erarbeitet die ÖH unter breiter Beteiligung von Studierenden, Lehrenden und unter der Mitarbeit von ExpertInnen aus verschiedenen Themenbereichen wie Bildungswissenschaft, Soziologie, VWL etc. einen Alternativplan. Es gibt fünf Arbeitsgruppen und am Ende des Prozesses (Jänner) soll ein konkretes Maßnahmenpapier entstehen, das direkt zur Umsetzung herangezogen werden kann.

## Die Arbeitsgruppen

Das FoHo gliedert sich in fünf inhaltliche Themenbereiche, das bedeutet fünf Arbeitsgruppen (Agru), die separat bearbeitet werden. Die Themen sind: Soziale Absicherung von Studierenden Hochschulfinanzierung Wissenschaft und Forschung Qualität der Lehre und Hochschulorganisation Hinzu kommen zwei Querschnittsthemen, die in allen Agrus eine zentrale Rolle spielen sollen – das sind Frauenförderung sowie Maßnahmen zur Förderung der sozialen Durchmischung.

## Partizipation

Das FoHo verfolgt einen offenen, partizipativen Zugang, um den bildungspolitischen Reformprozess in Gang zu setzen. Es ist insbesondere wichtig, dass sich Studierende als betroffene Gruppe selber einbringen. Alle können mitmachen. Einfach eine Mail an [forum.hochschule@oeh.ac.at](mailto:forum.hochschule@oeh.ac.at) schreiben.

# WARUM MEHR NICHT IMMER BESSER IST

**„Non solum  
mathematica  
sed etiam!“**

Der folgende Text soll als Replik auf die Verteidigung der exorbitanten Rolle der Mathematik in der an diesem Institut gelehrten Ökonomie verstanden werden. Dazu sei einleitend festgehalten, dass den MathematikhängerInnen in der Ökonomie durchaus zuzustimmen ist, wenn sie meinen, dass mathematische Modelle dabei helfen können, komplexe Sachverhalte zu objektivieren. Insofern ist es durchaus gerechtfertigt, von ÖkonomiestudentInnen mathematische Kenntnisse zu verlangen bzw. diese zu vermitteln.

Der zu kritisierende Punkt ist aber ein anderer: Praktisch alle ökonomischen Modelle setzen einfach voraus, dass es unser Ziel ist, den Güterkonsum der Volkswirtschaft (d.h. das BIP) zu maximieren, was mit dem simplifizierenden Spruch „mehr ist besser“ begründet wird. Wenn wir aber versuchen, die gesamte konsumierte Gütermenge zu maximieren, setzen wir stillschweigend voraus, dass die Maximierung der Gütermenge das Ziel der Gesellschaft ist, obwohl dies nachweislich oft nicht der Fall ist. Denn natürlich ist es unglaublich effizient und gesamtgüterproduktionsmaximierend, den brasilianischen Regenwald zu roden, um das Holz zu verkaufen, und natürlich wäre es auch eine effiziente Allokation, wenn wir ein Straßenkind um 100 € erleichterten und dafür einem Superreichen 1000 € geben könnten. Die Frage ist nur, ob das auch wünschenswerte Allokationen darstellt? Orthodoxe ÖkonomInnen werden nun einwenden, dass „insgesamt mehr“ bedeutet, dass die VerliererInnen der Transaktionen

ja ausreichend entschädigt werden können und dass daher das Prinzip „mehr ist besser“ weiter zu gelten habe. Der Wohlhabende könnte also mit seinen 1000 € einerseits den 100 € Verlust der Kinder ausgleichen und wäre andererseits mit seinen 900 € Gewinn immer noch besser gestellt.

Dieser Einwand der orthodoxen ÖkonomInnen beruht aber auf zwei grundfalschen Annahmen: Erstens setzt er voraus, dass die nachträgliche Umverteilung auch wirklich stattfindet. In der Realität wird diese nachträgliche Umverteilung aber praktisch nicht umgesetzt. Dies wird dann meist damit begründet, dass Umverteilen dem Wirtschaftswachstum schadet, also nicht effizient ist. (Das heißt, man schafft insgesamt mehr, was allgemein zu befürworten ist, weil man damit ja auch die VerliererInnen entschädigen kann. Dann entschädigt man die VerliererInnen aber nicht, weil Umverteilung ineffizient ist und die Maximierung der Gesamtgüterproduktion verhindert. Dass die VerliererInnen davon aber trotzdem in der ökonomischen Theorie profitieren, weil sie ja theoretisch immer mit mehr als sie verloren haben entschädigt werden könnten, versteht sich von selbst. So viel zur Konsistenz der neoklassischen Argumentation.)

Zum anderen wird vorausgesetzt, dass nur absolute Gütermengen von Relevanz sind, obwohl die Psychologie längst weiß, dass sich Menschen viel stärker für ihren relativen Güterkonsum interessieren. Die meisten Menschen wollen eben nicht insgesamt mehr, sondern primär mehr als die anderen haben. Für die Ökonomie wäre daher eine Allokation, bei der das Einkommen jedes Wieners um real 10 % erhöht wird, während etwa die Einkommen der BewohnerInnen eines zufällig zu wählenden Bezirkes verzehnfacht

werden eine unheimlich effiziente Sache. Schließlich sind nun alle besser gestellt als vorher. Die Psychologie lehrt uns aber längst, dass eine solche Allokation unsere Zufriedenheit eher mindern würde, da unser Glück eben von Vergleichen abhängt und besonders egalitäre Gesellschaften nun mal zufriedener sind. Das heißt, selbst nach dem eigentlichen Mantra der Ökonomie, dass der Nutzen maximiert werden muss, ist die Maximierung des Güterkonsums nicht (immer) effizient im Sinne der Nutzenmaximierung aller.

Eine Ökonomie, die aber nicht stur die Güterproduktion maximiert, sondern auch diskutiert, was zu maximieren ist, wird wohl nicht nur mit Mathematik auskommen. Die Frage, ob Verteilungsfragen, Umweltschutz, Produktionsmaximierung oder andere Ziele wichtiger sind, kann nicht wertfrei mithilfe der Mathematik beantwortet werden, sondern ist letztlich eine philosophische, die in einer Demokratie nur vom Wahlvolk entschieden werden kann. Gute Ökonomie kann dabei ihren Beitrag leisten, indem sie die jeweiligen Konsequenzen einer Handlung aufzeigt. Gute Ökonomie wird diese Beratungsleistung aber nur dann sein, wenn sie möglichst alle Konsequenzen unter Berücksichtigung von Unsicherheiten und der Respektierung unterschiedlicher gesellschaftlicher Ziele aufzuzeigen vermag und sich nicht darauf verlässt, dass die Maximierung des Gesamtgüterkonsums das wertfreie Ziel jeder Gesellschaft ist.



Abbildung 4-1: More, more, more!

# WARUM WENIGER AUCH NICHT IMMER BESSER IST: EINE REPLIK AUF DIE REPLIK

Höchstwahrscheinlich handelt es sich beim angesprochenem Artikel um den „Zur Lage der Mathematik in der Volkswirtschaftslehre“, der in der letzten Ausgabe (juni 2011) erschienen ist, und ein für dieses Medium durchaus unübliches, eher positiv gestimmtes Bild der Mathematik skizziert. Inwiefern dieser Text nun eine Replik auf den hiesigen Artikel darstellt, ist nicht auf den ersten Blick erkenntlich.

## Der Individualismus als Basis

Der beschriebene Wurm, der in erster Linie auf Nutzen-, Profit oder sei es Gütermaximierung aus ist, sitzt tief in der ökonomischen Methodologie und erfreut sich an notgedrungener Akzeptanz in der Neoklassischen Ökonomie. Das Explanandum ökonomischer Theorien soll einleuchtenderweise das wirtschaftliche Treiben und Werken der Menschen sein. Seit Adam Smith wurde ebendieses - oft mehr oder weniger erfolglos - versucht, dabei kamen jedoch die meisten Theoretiker nicht ohne

Verhaltensannahmen über die Menschen aus. Seit der Entwicklung des Grenznutzenkonzeptes - und damit sei nicht im Speziellen die Langrangeoptimierung seitens Walras' und seinen mathematisch faszinierten Kollegen gemeint, sondern die österreichischen AutorInnen, die für idente Ergebnisse Bücher füllten, in denen sie penibel Verhalten von Menschen unter bestimmten Umständen untersuchten - gilt hier so etwas wie ein Erfolg zu feiern. Durch die individuelle Bewertung von Gütern, unter der durchaus nachvollziehbaren Prämisse der besten Erfüllung der eigenen Bedürfnisse (i.e. Maximierung der Nutzenfunktion über die verfügbaren Güterbündel heutzutage), wird es möglich Dinge wie Tausch oder gar die Bildung von Preisen auf eine erklärbare Ebene zu bringen ohne anzunehmen, dass die Leute einfach einen Hang zum Tausch haben. Auf Produktionsseite gilt quasi in Analogie das Konzept der Profitmaximierung. Von dieser individuellen Ebene ausgehend, sollen nun gesellschaftliche Phänomene, wie das Formieren und Funktionieren von Märkten, als ungeplantes Ergebnis von individuellem Handeln erklärbar werden. „Die Maximierung der Gütermenge“ ist also nicht primär das Ziel der Gesellschaft, denn diese hat in der Theorie nicht so etwas wie eine kollektive Zielfunktion, sondern ist der logisch konstruierte Schritt aus der individuellen auf die gesellschaftlichen Ebene. Nun kann diese theoretische Fundierung als Ausflucht auf die Menschen verstanden werden, die selbst schuld sind, wenn es auf gesellschaftlicher Ebene schief läuft, aber ebendieses sehen die Ökonomen der Orthodoxie auch als ihre Stärke, denn das einfache, fundierte Modell des Menschen ist ziemlich mächtig im Vergleich zu anderen Sozialwissenschaften. Die Rodung des Regenwaldes ist durchaus etwas was Menschen tun und Ökonomen erklären können und nicht vice-versa. Obwohl sich die Ökonomie immer daran versucht und versuchen wird Zukunftsaussagen zu treffen, läuft sie schlussendlich den Geschehnissen der Welt hinterher.

## Effizienz ist kein Werturteil

Wie das Beispiel mit dem Straßenkind funktioniere, ist unterbestimmt, denn wo kommt die Differenz der 900 her? Angenommen diese vertikale, auf moralischer Ebene durchaus unwünschenswerte, Umverteilung würde durchgeführt werden, denke ich jedoch nicht, dass alle neoklassischen Ökonomen dies unterstreichen würden. Natürlich, unter der Annahme der reinen Maximierung einer statischen, gesellschaftlichen Gesamtwohlfahrt sind die 900 die vom Himmel fallen und addiert werden können besser als nichts. Nehmen wir nun, wie anscheinend in der Orthodoxie üblich, an, dieser Betrag werde nachträglich wieder umverteilt. Sprich der Reiche investiert die geschenkten 1000 und irgendwie profitiert der Straßenjunge dann auch wieder davon, der liebe Trickle-Down-Effekt. Naja, das dies in der Realität nicht ganz so funktioniert, liegt nicht ganz in der Schuld der Ökonomen; es gab durchaus fanatische Ökonomen, die eine Heilung aller weltlichen Sorgen durch ein freies Marktsystem proklamierten, und auch solche nachträglichen Umverteilungstheorien feierten, hatten jedoch kaum empirischen Gehalt. Dass die Umverteilung ineffizient im Sinne Paretos ist, liegt aber auf der Hand: Denn Reichen schlechter zu stellen - in unserem Beispiel, wo nur rein monetäre Größen zählen - um den Straßenjungen zu begünstigen verletzt dieses Kriterium. Das ist zwar ungerecht im moralischen Sinn, aber so ist dieses Kriterium nun einmal konstruiert. Nach dem Kaldor-Hicks-Kriterium kann eine derartige Umverteilung besser sein, da ein gesamtgesellschaftlicher Wohlfahrtsanstieg bei Benachteiligung eines Individuums erlaubt wird. Es bedarf eines Werturteils um die Erwünschtheit solcher Umverteilungen zu bestimmen, Effizienzkriterien können das meist nicht von sich aus. Umverteilungsmaßnahmen können aber in gewissem Sinne durchaus die Effizienz erhöhen, auch im neoklassischen Rahmen. Eine Umverteilung von Reich zu Arm kann gesamtgesellschaftlich positive Auswirkungen haben, da

niedrige Einkommensbezieher eine höhere marginale Konsumneigung haben (als Beispiel für Keynesianische-neoklassische Sichtweise). So klar ist die ganze Geschichte also leider nicht.



Abbildung 5-1: Less is more?  
Preposterous!

### Keep up with the Joneses

Das mithalten mit den Nachbarn ist den Ökonomen durchaus bekannt. Natürlich ist auch eine weitere vom Himmel fallende Allokation die alle besser stellt und wenige ganz besonders beglückt, eine tolle Sache, auch im Sinne von Effizienzkriterien. Nun kann natürlich sein, dass externe Effekte, also Neid hier, den Nutzen von einigen Leuten verringern. Wenn die Nutzenfunktion derartig ausgestattet ist, dass der gesamtgesellschaftliche Nutzen nach der Allokation schlechter ist als vor der Allokation, steht es aber schlecht um unsere Neidgeellschaft und nicht primär um die Theorie. Denn den gesamtgesellschaftlichen Nutzen hier zu maximieren, würde nur funktionieren, wenn alle Leute gleich viel bekommen – unter der Annahme identer Nutzenfunktionen, ansonsten können wir natürlich zahlreiche

Szenarien skizzieren in denen alles möglich ist. Wenn nun unabhängig von dieser individuellen Ebene der Güterkonsum maximiert wird, könnte man davon reden, dass es nicht gesamt nutzenmaximierend, jedoch tut man der Theorie etwas unrecht.

### Die Fehler stecken in der Basis

Die Conclusio unterstütze ich in gewisser Weise: Die Maximierung der Güterproduktion bzw. -konsumtion (letzteres ist im Übrigen nicht gleich dem BIP, zumindest in offenen Volkswirtschaften) soll nicht im Zentrum des ökonomischen Denkens stehen. Es ist jedoch zu bedenken, dass es schwierig ist, eine geeignete zu betrachtende Maß zu finden, Bestrebung in diese Richtung gibt es schon lange. Das Einbringen von Werturteilen in die ökonomische Theorie wird wahrscheinlich ihrem hart erkämpften Status als wissenschaftliche Disziplin schaden, aber es muss an jedem Ökonomen selbst liegen, auch Theorien zu bewerten, wenn sie angewendet werden sollen. Also denke ich, dass es an guten Ökonomen liegt, Implikationen der Modelle aufzuzeigen und zu bewerten, auch unter ethischen Gesichtspunkten. Die meisten Ökonomen sind sich einig, dass es darum geht Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, doch die fast schon ideologischen Differenzen liegen im wie. Auch sehe ich nicht die Mathematik als ultima ratio im wissenschaftlichen Entwicklungsprozess sondern als bloße Werkzeug – wofür uns Mathematiker übrigens verachten. Der Maximierung an sich wird in der angesprochenen Kritik leider nicht die Gültigkeit abgesprochen, sondern lediglich die Dimension in der sie arbeiten soll. Da die Mathematik so oder so eingesetzt werden kann, sehe ich hier kein Problem. Ökonomen sollen primär versuchen ökonomisch zu argumentieren, und erst in zweiter Linie moralisch, jedoch sei nicht zu vergessen, dass auf beiden Ebenen die Argumente

selbst gewählt werden können.

Im Übrigen sollte das eben Gelesene nicht so ernst genommen werden, ich möchte der Neoklassik nicht die Ägide halten, aber ein etwas pluralistischeres Klima in der Zeitung schaffen und zeigen, dass die Theorie nicht so deppert ist, wie sie scheint.

# ZUR SCHULDEN- BREMSE

Es ging sehr schnell. Kaum ist klar, dass Moody's sowie Standard & Poor's den österreichischen Schuldenstand überprüfen wollen, setzt sich die ÖVP-SPÖ Regierung (einstimmig wie immer) an einen Tisch und beschließt im Ministerrat, eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild in die Verfassung zu schreiben. Da dazu die Zustimmung von mindestens einer Oppositionspartei nötig ist und das ganze verfassungsrechtlich nicht eindeutig ist, wird die Umsetzung wohl noch ein Weilchen dauern. Aber von Anfang an. Lasst uns die Entwicklungen analysieren und erkennen, dass außer einem ordentlichen Batzen Dummheit wenig ökonomisches Kalkül (wie gern behauptet wird) hinter der Maßnahme steckt, sondern schlicht und ergreifend politische Agenden.

## 1.: Konsistenz

Am Montag den 14.11. wird klar, dass einige Ratingagenturen die Situation Österreichs überprüfen werden und angeblich das Triple-A-Rating in Gefahr ist. Begründet wird das folgendermaßen: Erstens ist das starke Engagement der österreichischen Banken in Italien ein Problem (Berlusconi war nicht das einzige Problem unserer lieben Nachbarn), zweitens ist die starke Exportabhängigkeit Österreichs durch die stagnierende Weltkonjunktur ein Wachstumshemmer. Also reagieren Faymann und Spindelegger und wollen eine Schuldenbremse, um die Finanzmärkte zu beruhigen (die Zinsen für österreichische Anleihen sind in der Zeit dafür auf über 3% gestiegen – die Entfernung zu den sakrosankten deutschen Anleihen, die bei 2% verzinst werden, wächst). Quizfrage: Wer erkennt den logischen

Fehler? Haben die Staatsschulden etwas mit dem Engagement österreichischer Banken in Italien zu tun? Nein. Und was ist mit der Exportabhängigkeit? Irgendwie auch wenig Schuldenbezug. „Wo is mei Leistung?“ fragt sich also die verwirrte Schuldenbremse und blinzelt. „Aber! Aber! Aber!“ fallen ihr die Anti-Schulden-FanatikerInnen ins Wort. „Je weniger Schulden ein Land hat, desto niedriger sind die Zinsen, die es für Staatsanleihen zu bezahlen hat!“ Bevor wir aber auf dieses Argument eingehen, lasst uns festhalten: Die Staatsschuldenbremse hat nichts (für ÖkonomInnen: „0“) mit den Gründen für die Prüfung Österreichs durch Ratingagenturen zu tun.

## 2.: Schuldengrenzen und andere Wirrungen

Jetzt mal ganz ehrlich: Niedrige Staatsschulden heißen niedrige Zinsen und so. Das versteht sogar Frau Fekter. Wirklich? Auf 10-jährige spanische Staatsanleihen werden 5,8% Zinsen gezahlt – der Schuldenstand Spaniens ist mit knapp über 60% des BIPs geringer als Deutschlands (80%). Trotzdem werden die deutschen Anleihen mit knapp 2% verzinst. Portugal zum Beispiel liegt staatsverschuldungsmäßig nur ein paar Prozentpunkte über Deutschland – und muss fast 12% zahlen. Auch in die andere Richtung hält die Regel nicht: Japans Staatsverschuldung geht Richtung 200%, die Anleihenverzinsung ist aber von griechischen Werten sehr weit entfernt. Das alles ist jetzt nicht so überraschend, entgegen Aufmerksamkeit BeobachterInnen des Weltgeschehens: Spanien und Portugal haben hohe Arbeitslosigkeit, Japan hingegen vergibt den überwiegenden Teil seiner Anleihen im eigenen

Land. Daher die unterschiedlichen Zinsen! Eh. Wir merken uns: Ratingagenturen und Banken schauen nicht nur auf zwei Zahlen (Schuldenquote und Defizit), sondern wagen manchmal auch den Blick hinter die Kulissen. Vielleicht sollte man das unserer Regierung sagen?

## 3.: Druck der Finanzmärkte

Eine andere beunruhigende Botschaft ergibt sich aus der Beobachtung der Situation: Wenn wir uns das Bildungsvolksbegehren, die Studierendenproteste, Vermögenssteuern, und andere Wünsche ansehen, die die österreichische Wahlbevölkerung heranträgt, lässt sich eine Kontinuität erkennen: Die eher gemütliche Art, wie mit Druck umgegangen wird. Das kümmert sich dann halt eine ExpertInnengruppe darum, oder es werden intensive Gespräche geführt, oder der Vorschlag wird zurückgewiesen: es gäbe momentan Wichtigeres. Na gut, das kann man sehen wie man will: „Gut Ding braucht eben Weile!“ oder aber „Die politischen Eliten machen es unter sich aus!“. Wie auch immer. KeineR kann die Regierungen in Bewegung bringen? Die demokratische Langsamkeit ist unüberwindbar? Weit gefehlt! Es braucht nicht mal die Drohung der Herabsetzung der österreichischen Bonität, es genügt der Hinweis, man werde Österreich prüfen – Schwuppdwupp, schon kommt eine Reaktion! Und nicht nur ein Gesetz, sondern gleich Verfassungsrang! Die österreichische Regierung hat Handlungsfähigkeit bewiesen! Wäre doch schön, wenn die Studierenden ankündigen würden, es wird diskutiert werden, ob eine Audimaxbesetzung in Frage kommt – und dies am nächsten Tag in einer Hochschulmilliarde resultieren würde. Aber: Woher kommt es, dass unsere Regierung Ratingagenturen brav folgt? Hat Faymann Moody's so lieb?

#### 4.: Ratingagenturen

Die Antwort ist: Ja. Faymann hat Moody's lieb! Denn das Rating bestimmt, in welcher Höhe Zinszahlungen für österreichische Staatsanleihen anfallen werden. Aber Moment: gibt's nicht Kritik an Ratingagenturen? AAA-Ratings für AIG, CDS und das marode Griechenland? Die drei weltweiten Marktführer (Moody's, Standard & Poor's, Fitch) sind zu stark mit der Finanzindustrie verbandelt? Außerdem lecken sich ÖkonominInnen genüsslich die Finger und zeigen durch Modelle mit Informationsasymmetrie und so (Adverse Selection, Principal Agent theory,...), dass Ratingagenturen nur mit viel Alkohol im Blut und Äffchen als Angestellten mal per Zufall ein adäquates Rating veröffentlichen werden. Ja eh. Aber. Aber was? Wie groß ist die Macht der Ratingagenturen, dass es seit Jahrzehnten nicht geschafft wird, andere Ratingagenturen und -standards auf den Markt zu bringen? An der Ausgabenstruktur der Euroländer hat sich seit Jahren nichts Grundlegendes geändert – und auf einmal ist es ein Problem? Griechenland wurde zum Beispiel falsch bewertet – was wissen die Ratingagenturen mehr als damals? Wieso kann sich ein privates



Abbildung 6-1: Die Schuldenbremse

Rechtssystem (Banken verpflichten sich selbst dazu, nach Ratingagenturen Zinsen zu verlangen) gegenüber demokratisch legitimierten Rechtssystemen durchzusetzen?

#### 5.: Zur Schuldenbremse

Aber wir kommen vom Thema ab. Mal von dem ganzen Drumherum abgesehen, wie es dazu kam: Was kann eine Schuldenbremse (nicht)? Ich werde hier die These aufstellen, die Schuldenbremse kann mich mal an meinem süßen Defizit küssen. Denn erstens: Wenn Regierungen an der Macht sind, die mit dem Programm angetreten sind, ein geringes Defizit zu fahren, werden sie das sowieso tun. Egal ob das in der Verfassung steht oder nicht. Wenn die Bevölkerung diese Regierung dann abwählt, weil sie die Politik zum Schuldenabbau nicht unterstützt, dann steht aber in der Verfassung: Tja, Pech gehabt. Die Politik beschränkt sich selbst. Die Politik beschränkt die Demokratie. Zweitens: Diese ewige neoliberale Verdummungsdoktrin „Wir können nicht mehr ausgeben als wir einnehmen“ ist ja hirnerbrannt! Das ist ja nicht mal Unternehmenslogik! Ich kann den Worten des „Wirtschaftsweisen“ Bofinger nichts hinzufügen, wenn er im Standardinterview vom 18. November sagt: „Ein kluger Unternehmer nimmt hingegen Kredite auf, wenn er in ein sinnvolles Projekt investieren kann. Das sollten auch Staaten tun. Die Schuldenbremse verletzt die goldene Regel der Finanzpolitik, dass der Staat Zukunftsinvestitionen mit Krediten finanzieren soll.“ Die Schuldenbremse bedeutet auch, den Staat als wirtschaftspolitischen Akteur abzuwerten. Denn wenn eine Defizitgrenze und (wie es implizit der Fall ist) eine Schuldenstands/BIP-Grenze festgelegt wird, verliert der Staat die Möglichkeit, Konjunkturschwankungen entgegenzuwirken. Ich möchte jetzt nicht die mathematischen Fähigkeiten der Regierung in Frage stellen, aber vorhin genannter Bruch heißt auch folgendes: Je mehr Rezession, desto weniger Gestaltungsspielraum

hat eine Regierung! Anders gesagt: Konjunkturpakete (haben Österreich ja eh nicht durch die Krise geholfen) wären nicht mehr möglich, Bankenrettungspakete sowie so nicht (also würde sich bei Italienpleite die Gefahr für Österreichs Banken erhöhen!). Aber hey, prozyklische Fiskalpolitik ist eh toll! Langfristig bedeutet die Schuldenbremse im reformfreudigen Österreich (Föderalismus hurra!) auch zwangsläufig schlicht und ergreifend den Abbau des Sozialstaates, automatische Stabilisierungsmechanismen (Arbeitslosengeld etc.) werden verringert und die Volkswirtschaft noch instabiler (d.h., den Konjunkturzyklen ausgesetzt). Die Schuldenbremse kann also als Signal verstanden werden. Es ist, als würde die Regierung den Finanzmärkten den Kampf ansagen: „Hey ihr! Ihr seid nicht die einzigen, die das Wirtschaftssystem destabilisieren können! Das können wir auch selber ganz gut!“

#### 6. Zum Abschluss

Wenn diese Ausführungen zu emotional erscheinen, tut es mir leid. Nein. Eigentlich tut es mir nicht leid! Die ganze Diskussion um die Schuldenbremse zeigt die antidemokratische Ausrichtung vieler Entscheidungsstrukturen. Und die Schuldenbremse selbst: Ist einfach nur dumm, dumm, dumm, dumm, dumm. Im Übrigen bin ich der Meinung, Maria Fekter muss abgeschoben werden.

# VERMOGENS- STEUER BULLSHIT

*Es wäre einfach, einen Artikel für die Vermögenssteuer zu schreiben. Es gibt viele gute Argumente dafür. Viel lustiger ist es jedoch, alle Argumente, die schon gegen eine Vermögenssteuer aufgekommen sind, zu sammeln!*

## Die Vermögenssteuer ist:

Faschistisch, denn die Verfolgung der Reichen grenzt an die Verfolgung der Juden und Jüdinnen vor und während dem 2. Weltkrieg.

Kommunistisch, denn sie ist ein typisches Beispiel sozialistischer Gleichmacherei und Misswirtschaft.

Leistungshemmend, denn Leistung zahlt sich sowieso nicht mehr aus. Den faulen Leuten, die halt aufgrund ihrer Faulheit und Dummheit schon zu den Einkommensschwachen zählen, würde durch eine Vermögenssteuer die soziale Hängematte vergoldet.

## Außerdem:

Die Mittelschicht ist eh schon arm und wird vom bösen Staat geschröpft! Da soll dann auch noch das mühsam ersparte Häusle besteuert werden? Und die Perlenkette von der Oma? (Anmerkung: Definitionen der Mittelschicht erfassen zwischen 90% und 10% der Bevölkerung, je danach, welche Aktionen PolitikerInnen als "Pro-Mittelschicht" brandmarken wollen)

Der Staat nimmt den wahren LeistungsträgerInnen eh schon die Hälfte des Lohnes weg! (Anm.: Besuch eines Kurses zur Steuerrechnung wird dringend empfohlen)

Da weiß mensch ja nicht, was der Staat mit dem Geld macht! (Anm.: Lern das verdammte Budget zu lesen!)

Soooo reich sind wir ja gar nicht.

Scheiß Hippies!

GewerkschafterInnen sind tendenziell dick, also haben die sogenannten "Unteren Schichten" eh zuviel Geld.

Ein einmaliger Soildarbeitrag reicht!

Das Kapital ist scheu wie ein Reh! Dann wandern alle Reichen ab, und übrig bleibt nur der unkultivierte Pöbel.

Der Staat muss den Gürtel enger schnallen!

Erts mal eine Verwaltungsreform, dann schauen wir weiter.

Ihr seid ja nur neidisch.

Es ist nicht der richtige Zeitpunkt! Wirtschaftskrise!

Und überhaupt: Wir sind zu intelligent, zu gut ausgebildet, aus zu gutem wohlhabenden Haus und zu schön, um noch mehr vom Staat geschröpft zu werden!

## Literaturhinweise:

Inspiriert wurde dieser Artikel durch das "Vermögenssteuer-Bullshit-Bingo" auf folgendem Blog: <http://lauraliest.tumblr.com>. Sehr zu empfehlen! Studieneinschränkungs- und Obstruktionsphase



Abbildung 7-1: Auch die Monopoly-spielenden müssen zahlen

# DIE NEUE STEOP IST DA

## Studieneinschränkungs- und Obstruktionsphase

Seit dem 1. März erwarteten und befürchteten wir zugleich die Einführung des durch den Nationalrat verabschiedeten Universitätsgesetzes, das Anfang des Wintersemesters landesweit an Universitäten in Kraft tritt und Neuregelungen im Bereich der Studieneingangs- und Orientierungsphase vorsieht. Was, wie, warum? Laut Regierungsvorlage verlangt die Neue StEOP von Erstsemestrigen: eine Erstanmeldung binnen einer mindestens zweiwöchigen Frist vor dem Studium (§ 60 Abs. 1b) und die Abschlusssung einer vorgegebenen und verbindlichen STEOP (§ 66 Abs. 1 und 1a) in der pro Lehrveranstaltung in Summe nur eine Wiederholungsmöglichkeit vorgesehen wird. Die positive Absolvierung dieser Phase erlaubt den Schritt in die Kernphase des Studiums. PolitikerInnen die im Frühjahr dieses Jahres im Nationalrat ihre Stimmen für diese Novelle des Universitätsgesetzes abgaben, legitimieren dessen Einführung mit der Begründung es werde Planungsmöglichkeiten der Universitäten verbessern, ressourcenverbauchsbedingte Probleme künftig lösen und StudentInnen bei ihrer Studienwahl unter die Arme greifen. Uns hat es relativ gut erwischt Die Regelung lässt den autonomen Universitäten viel Spielraum; vorgegeben wurde bloß eine Mindest- und Höchstdauer der StEOP von 1-3 Semestern, und die Begrenzung der Prüfungsantritte von vier auf drei Mal. Dementsprechend variiert der Ablauf der StEOP von Universität zu Universität, so wie zwischen einzelnen

Studienrichtungen. Vier von den insgesamt elf Universitäten ohne generelle Zulassungsbeschränkungen, unter anderem die Uni Wien, erlauben nur eine Prüfungswiederholung. Die übrigen sieben (BOKU, TU Wien, TU Graz, Uni Salzburg, Uni Graz, Uni Innsbruck und Montanuniversität Leoben) erlauben insgesamt drei Antritte. Wie die Regelung die Wirtschafts Universität Wien trifft, wurde vom Senat noch nicht entschieden. Trotz der Tatsache, dass VWLerInnen an der Universität Wien nur eine Prüfungswiederholung zusteht, sind die Auswirkungen der Neuregelung auf unser Studium im Vergleich zu denen anderer Studienrichtungen verkraftbar. Mit 26 ECTS (European Credit Transfer and Accumulation System) Punkten, liegen wir weit vorn in der StEOP Vorgabe der Universität Wien von 15-30ECTS Punkten (30 Punkte entsprechen dem Arbeitspensum eines Semesters). Ganz unten im ECTS Ranking steht die BOKU, in der im Zuge der StEOP nur vier bis sechs ECTS an Lehrveranstaltungen besucht und abgeschlossen werden. Meinungen spalten sich über die Vor- und Nachteile der Anzahl an ECTS Punkten die abgeschlossen werden müssen. Einerseits garantiert ein hohes Arbeitspensum im Rahmen der STEOP, dass StudienanfängerInnen „einen gründlichen Einblick in das Studium erhalten und einschätzen können, ob einerseits die Studieninhalte mit ihren persönlichen Erwartungen an das Studium übereinstimmen und andererseits, ob sie die Anforderungen für das Studium erreichen können“. Andererseits kann es auch dazu führen, dass andere wichtige universitärer Aspekte außenvor gelassen werden und dass Leistungen der Erstsemestrigen in einzelnen Lehrveranstaltungen relativ niedriger ausfallen, als Leistungen die in Studienrichtungen erzielt werden, die ein niedrigeres Arbeitspensum aufweisen. Erstsemestrige VWLerInnen der Uni Wien müssen in der StEOP Lehrveranstaltungen im Wert von 26 ECTS Punkten positiv abschließen: Wahrscheinlichkeitsrechnung (Vorlesung+Übung),

Grundzüge der VWL (UK + VK) und Politische Ökonomie Europas (VO). Sollte ihnen das auch nach dem zweiten Prüfungsantritt nicht gelingen, verlieren sie automatisch die Zulassung zum Studium Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien.

## Sommer Semester

Laut Gesetz ist das Institut dazu verpflichtet StudienanfängerInnen den Einstieg ins Studium und den Besuch der StEOP Lehrveranstaltungen auch im Sommersemester zu ermöglichen. Doch die Durchsetzung dieser Verpflichtung ist fraglich: nicht prüfungsimmanente Lehrveranstaltungen, die StudentInnen auf die anschließende Lehrveranstaltungsprüfung vorbereiten sollen, finden nicht statt. Stattdessen wird erwartet, dass StudentInnen sich selbstständig durch ein Angebot an Fachliteratur, genügend Wissen anlesen sollen um die Prüfung auch so abschließen zu können. Prüfungsimmanente Lehrveranstaltungen (Übungen) werden zwar schon angeboten, aber wo im Wintersemester pro Übung zwischen 4-6 verschiedene Gruppen und Termine zur Verfügung gestellt werden, ist im Sommer Semester bloß eine Gruppe vorgesehen. Der Rote Börsenkrach steht dem Thema höchst kritisch gegenüber. Er wird gezwungen, kurzfristige Lösungen zu finden um den StudienanfängerInnen den positiven Abschluß der StEOP zu ermöglichen. Es werden unter anderem Tutorien organisiert, damit die Vorbereitung auf die Prüfungen nicht vollkommen selbstständig passieren muss. Langfristig ist das nicht einmal ansatzweise zufriedenstellend. Es ist eine Priorität der Studienrichtungsververtretung, zusammen mit dem Institut, diese lächerliche Sommer Semester StEOP zu reformieren bis sie qualitativ wieder das vorweist, was von einem qualitativ hochwertigen Semesterablauf erwartet werden kann und muss.

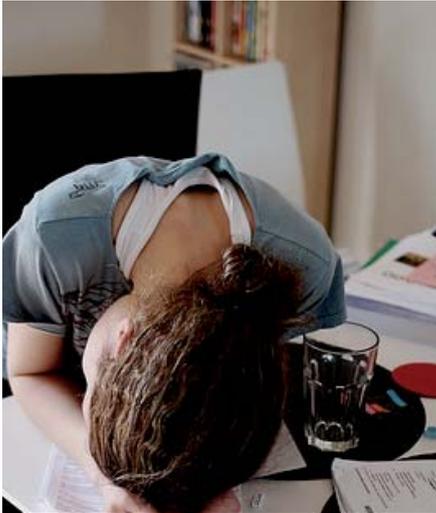


Abbildung 8-1:  
„Schlaf wird überbewertet“

Intentionen sind gut, Durchsetzung ist fraglich

BefürworterInnen der Neuregelung argumentieren, dass die Leistung der StudentInnen durch die Panik eines potenziellen Rauswurfs aus dem Studium gefördert werden kann; dass nur die wirklich Interessierten und Fähigen nach dieser Phase übrigbleiben und dass junge Menschen davon profitieren, früh mit den Realitäten von Konkurrenz und Leistungsdruck der Arbeitswelt konfrontiert zu werden. Dieser Standpunkt betrachtet StudentInnen als Kapital. Wie Produkte am Fließband, die aus dem Rohzustand zum Weiterverkauf gelangen. Die Regelung ist nach der Einführung des Bologna Systems der zweite Schritt in die Richtung einer Verschulung von höheren Bildungsstätten. Wenn dieser Trend beibehalten wird, kann nicht ausgeschlossen werden, dass irgendwann Studierende zum Nachsitzen gezwungen werden. Zu viel Entfaltung- und Entscheidungsfreiheit? Keine Panik, die neue STEOP ist da! Die Universität ist eine Plattform die jungen Menschen, neben einer Ausbildung und Vorbereitung auf die bevorstehende Arbeitswelt, die

Freiheit und Möglichkeit auf persönliche Entfaltung bieten sollte. Es sollte ein sicheres, unterstützendes Klima herrschen welches StudentInnen dabei unter die Arme greifen sollte ihre Interessen und Fähigkeiten zu entdecken und diese zu fördern, um sie nach erfolgreichem Studienabschluss selbstbewusst und motiviert in die Welt hinauszuschicken. Keine Lösung in Sicht Die Situation an österreichischen Universitäten ist prekär. Die zunehmende Anzahl der StudienanfängerInnen überfüllte Hörsäle und Kurse, die als Diskussionsforum dienen sollten. Letzte Budgetentscheidungen der Regierung versprechen weitere Budgetengpässe und -knappheit, die strukturelle Reformen unumgänglich machen. Mit zunehmender Wahrscheinlichkeit werden Studiengebühren eingeführt und Rektor Heinz W. Engl der Universität Wien kündigt an, aus finanziellen Gründen ganze Studienrichtungen streichen zu müssen.

„Es beschweren sich alle über die zunehmende Anzahl an StudentInnen, die zu überfüllten Hörsälen führt; über zeitungslisende, unterrichtsuninteressierte KommilitonInnen die denen, die tatsächlich interessiert sind, die Plätze wegschnappen(...)sämtliche Ideen bezüglich Zulassungsbeschränkungen werden kritisiert und abgelehnt. So kommen wir nie zu einer Lösung.“ (Anonym)

Strukturelle Reformen sind in der Situation, in der sich die Österreichischen Universitäten befinden, unumgänglich. Doch auf keinen Fall, sollten diese nur im Tausch gegen Freiheits- und

Entfaltungsmöglichkeiten erreichbar sein.

### Kommentare:

„Ich denke nicht, dass ich durch das Nichtvorhandensein der STEOP mehr oder weniger Gefallen am Studium der Volkswirtschaftslehre finde, da das grundsätzliche Interesse an diesem Studium individuell ist und nicht (wirklich) von ihr abhängt. Jedoch kann ich das Studium im ersten Semester mit weniger Druck angehen, als diejenigen, die alle Prüfungen unbedingt mit maximal 2 Antritten schaffen müssen, um ihre Studienzulassung nicht zu verlieren. -Quirin Dammerer

„Pro: übersichtlicher und organisierter Ablauf, außerdem hat jedeR in der StEOP die selben Kurse und Übungen zu absolvieren...

Kontra: leider nur 2 Prüfungsantritte“ - Selina Dihanich

# WAS EIN VWL- CURRI- CULUM KÖNNEN KÖNNTE

KetzerInnen sind für die VWL jene Menschen, die normativ argumentieren. Gut, dann lasst uns heute KetzerInnen sein! In diesem Artikel wird die Frage aufgeworfen: Wie müsste ein VWL-Studium (und letztendlich auch eine Ökonomie als Wissenschaft) aussehen, damit seine AbsolventInnen die „Finanz“(1)krise erklären können? ÖkonomInnen werden seit 2007 verstärkt als ExpertInnen konsultiert – sei es für den Medien-, Politik- oder Wissenschaftsbetrieb. Diese Rolle wird auch oft von Ökonomiestudierenden eingenommen – z.B. im Freundes- und Familienkreis. Oft können wir die aktuellen Entwicklungen aber mit dem Handwerk, dass uns (2)mitgegeben wird, nicht oder nur unzulänglich erklären. Womit wir unsere Probleme haben, warum das so ist und warum das der Meinung des Autors nach geändert werden müsste, darum dreht sich dieser tolle Artikel.

## 1) Finanzmärkte

Durch die Immobilienblase trat ein Wort in Erscheinung, dem bis heute eine mythische Aura anhaftet: Credit Default Swaps. Kreditausfallversicherungen. Zeitungen und PolitikerInnen versuchen seither, die Bedeutung dieses und

anderer Instrumente zu ergründen. Eigentlich wäre es fundamental, diese Finanzinstrumente zu verstehen, um den Ausbruch der Krise zu verstehen. Im Bachelorstudienplan (und auch im Master) sucht man vergebens nach diesen Inhalten. In den Makro-Lehrbüchern sind Finanzmärkte effizient. Auch wenn die Lehrenden darauf hinweisen, dass die Realität natürlich anders aussieht, siehe auch Rohstoffpreisanstieg (durch Spekulation?), bleibt doch folgendes in unseren Köpfen hängen: Die Finanzmärkte kommen unseren Annahmen vom perfekten Markt am nächsten: Schnelle Anpassung, wenig Informationsasymmetrie, viele atomistische Spieler... Ob ein Finanzinstrument „nützlich“ ist, ist eine brennende Frage. Die VWL beantwortet die Frage Dank methodologischem Individualismus eindeutig: Ja, sonst würde es sie nicht geben. Anscheinend haben die Leute, die z.B. CDS (ver)kaufen, einen Nutzen daran, denn sonst würden sie es als rationale AkteurInnen nicht tun. Gesamtgesellschaftlich? Schwierig, nicht eindeutig, nicht unser Käse. Man beachte: Der Fokus liegt auf der individuellen Handlungsperson sogar in der (neoklassischen) Makroökonomie – Stichwort Mikrofundierung der Makroökonomie. Was die gesamtwirtschaftlichen Effekte sind, will und kann die Mainstream-VWL nicht erklären. Gesamtwirtschaftliche Stabilität ist aber ein immenses Problem: Siehe Liquiditätsprobleme der Banken. Mit mikrofundierter Regulierung können solche Probleme nicht gelöst werden (Kernkapitalquoten können Liquiditätsprobleme im Interbankensektor nicht verhindern). Auch die enorme Interdependenz der Finanzmärkte mit anderen Märkten wird im VWL-Studium nur sehr abstrakt behandelt. Dass auch diese Vernachlässigung sträflich ist, kann man an folgendem Beispiel sehen: Was bedeutet es für die Forschung für erneuerbare Energien, wenn es die besten MathematikerInnen, PhysikerInnen, ChemikerInnen aufgrund höherer Löhne in die boomende Finanzindustrie zieht und sie durch ihre

exzellenten analytischen Fähigkeiten neue Finanzinstrumente entwickeln? Das heißt, unter anderem höhere Kosten für die Forschung, denn neue, „gute“ ForscherInnen einzustellen wird teurer (3).

## 2) Geschichte

Die Immobilienblase war nicht die erste Blase, und auch nicht die erste Immobilienblase. Die Ökonomie kann nicht als losgelöst von der Geschichte betrachtet werden, deshalb müssen mehr als 4 (!) ECTS Wirtschaftsgeschichte in den VWL-Bachelor. Spekulativ könnte man sagen: Wenn die meinungsbildenden ÖkonomInnen Kreiskys Aufruf „Lernen Sie Geschichte“ gefolgt wären, wäre die Immobilienblase vielleicht bemerkt worden...

## 3) Politik

Ohne die Entscheidungsstruktur der EU zu kennen, kann auf keinem ernstzunehmenden Niveau über z.B. Eurobonds diskutiert werden. Die unfassbar enge Verknüpfung „unseres“ Interessengebietes (Märkte) und der Politik (Lobbying!) können nicht voneinander abstrahiert betrachtet werden, die Interdependenzen sind das Salz in der Suppe!

## 4) Medien

Wer den Shift im medialen Diskurs hin von Finanz- zu Schuldenkrise betrachtet, wird zu dem Schluss kommen, dass es nicht alleine die steigenden Zinsen für Staatsanleihen waren, die die Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben. Der mediale Aufruhr um „über die Maßen lebende“ Staaten, „den Gürtel enger schnallen“ etc. ist ein politisch geleiteter. Wie immer werden Interessen vertreten und auf eine beeindruckend überzeugende Weise der Sachzwang des Sparens

eingeführt. Der Wechsel im Diskurs geschah nicht zufällig, und er hat einen enormen Einfluss auf Wirtschaftspolitik und Wirtschaftstheorie. Die Schuldenbremse ist ein lächerlich plattes Beispiel dafür. Dass die Ökonomie als Wissenschaft einen Anteil an dem Diskurs hat, wird oft vergessen, weil sie immer noch eine gute Maske aufhat: „Hey, wir sind nicht normativ, wir können nichts dafür!“ Doch normativ ist auch die Auswahl der Gebiete und Themen, die von der Ökonomie als streng ökonomisch akzeptiert werden.

## 5) Recht

Ratingagenturen bestimmen die Zinsen, die Geschäftsbanken auf Staatsanleihen verlangen. Warum ist das so? Wieso hat sich der Bankensektor selbst dieser Vorschrift ausgesetzt? Viele Staaten würden das gerne abschaffen (Kritik an der Methode der Ratings, viele falsche Ratings,...) – und können es nicht. Warum? Viele dieser Fragen haben mit Rechtsphilosophie zu tun: Anscheinend wurde ein privates Rechtssystem geschaffen, auf das staatliche Akteure keinen Einfluss haben. Ist das gut? Ist das schlecht? Das Kriterium der Pareto-Effizienz hilft uns hier nicht weiter, wir brauchen also auch ein bisschen Jus im Studium! Das Fazit können wir uns ganz gut aus folgender Beobachtung herleiten: Auch unter politisch interessierten VWL-Studierenden wird auffallend wenig über das „big picture“ diskutiert – zum Beispiel die Zukunft der EU, oder des Währungsraumes. Als Grund hört man oft, dass das Thema „zu groß“ sein, dass mensch vieles nicht weiß etc. Jetzt könnte mensch natürlich sagen, dass das kein Problem ist: die VWL soll ja keine Universalwissenschaft sein und alles erklären. Schon richtig, aber: Seit 2007 wird, wie gesagt, die Meinung von Ökonomen immer mehr als sakrosankt angesehen, obwohl sich die Modelle in sehr

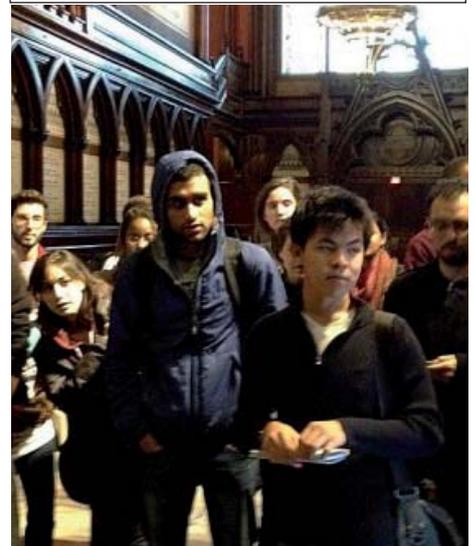
engem Rahmen befinden. Auch das, denken sich vielleicht einige, ist ein Vorwurf, der ins Leere geht: Ökonomische Arbeiten behandeln eben nur ökonomische Gesichtspunkte, es wird meistens am Ende von Arbeiten auf „further research“ von Politikwissenschaft, Soziologie etc. verwiesen. Doch so leicht kommt ihr mir nicht davon! Es ist nun mal ein Fakt, dass ökonomische Analysen sehr beliebt sind (bei den Medien wie bei der Politik): denn sie sind eindeutig (auch wenn sie sich meistens gegenseitig widersprechen). Deshalb wird dann gerne der Lösungsvorschlag als ultimative Wahrheit hochgepusht- egal wie oft in der Studie darauf hingewiesen wird, dass nur ein Teilaspekt behandelt wird.

## 6) Fazit

Das Fazit ist also: Die Ökonomie schafft sich als ernstzunehmende Wissenschaft ab, wenn sie nicht den Weg der Transdisziplinarität geht, und bleibt so ein Spielball von politischen Interessen. Es geht nicht, ein Problem isoliert von politischen, soziologischen, kulturellen, ökologischen (...) Rahmenbedingungen zu abstrahieren – wenn diese Abstraktion nicht möglich ist. Die Vielfalt der Methoden würde auch eine Abkehr von der Eindeutigkeit der Aussagen produzieren – aber das hat folgenden Vorteil: Diese Uneindeutigkeit ist hier der wissenschaftliche Outcome, und politische und normative Wertungen können dann die Auswahl treffen, während es im Moment umgekehrt ist: Politische und normative Kräfte bestimmen die Auswahl der Forschungsagenden, die dann als nicht normativ präsentiert werden. Zu betonen ist noch, dass diese Analyse nicht heißt, die Neoklassik als Erkenntnisinstrument abzulehnen. Sie ist nur abzulehnen, wenn sie isoliert benutzt wird und sich selbst reproduziert. Willkommen in der Realität.

Fußnoten: 1)Wie die aktuelle Krise bezeichnet wird (Finanzkrise, Wirtschaftskrisen, Gesellschaftskrise, Schuldenkrise,...) ist per se schon ein eine politische Aussage, es wird später noch kurz darauf eingegangen werden. 2)Übrigens nicht nur uns, sondern 99% der VWL-Studierenden weltweit. 3)Was es davon abgesehen bedeutet, dass Menschen ohne ökonomische Ausbildung ökonomische Instrumente entwerfen, ist eine ganz andere und eine ganz spannende Frage.

Abbildung 9-1: Mankiw Walkout, Economics 101: auch in Harvard wird das VWL Curriculum heftig kritisiert. StudentInnen verlassen aus Protest den Hörsaal



# ERNST FEHR IM INTERVIEW

*Ernst Fehr, Absolvent der Universität Wien und jetzt Professor an der Universität Zürich, ist einer der Begründer der experimentellen Ökonomie. Der Ex-RBKli wurde vor kurzem mit dem Vorarlberger Wissenschaftspreis ausgezeichnet.*

Roter Börsenkrach: Herr Fehr, waren Sie beim RBK involviert?

Ernst Fehr: Ja, ich war der erste Fakultätsvorsitzende, bei den ersten ÖH-Wahlen 1977 haben wir sogar die Fakultätsmehrheit gewonnen.

RBK: Wie hat sich der RBK damals definiert?

EF: Das war eine bunt zusammengewürfelte Gruppe von Leuten die einfach mit der traditionellen Wirtschaftswissenschaft, so wie sie unterrichtet wurde, nicht zufrieden war und die nicht nur die Wirtschaftswissenschaften kritisiert haben, sondern auch die Gesellschaft sozusagen als ungerecht oder stark verbesserungswürdig empfunden haben. Es war eine unabhängige Gruppe, eine Bündelung von Reformkräften, die sich keiner Partei direkt zugeordnet haben, die die Gesellschaft verbessern wollten. Es hat verschiedene Sachen gegeben: Der eine hat sich für Entwicklungspolitik interessiert, hat gefunden, die Armut auf der Welt ist ein Skandal, da müsste man etwas tun. Der andere hat gefunden, das österreichische Gesundheitswesen ist verbesserungsbedürftig und so weiter. Eine Koalition der Reformwilligen.

RBK: Was würden Sie im Nachhinein sagen, hat Ihnen das Netzwerk RBK gebracht?

EF: Nicht viel, beruflich, weil ich in die Wissenschaft gegangen bin – zuerst am Institut für Höhere

Studien, dann auf der TU. Aber am meisten profitiert habe ich davon, dass wir eine Zeitung gemacht haben, ich habe schreiben gelernt. Denn wenn man eine Zeitung macht, dann muss man so schreiben, dass der Leser versteht, und die Fähigkeit, sich in den Leser zu versetzen, die brauchst du überall – ob du jetzt Unternehmer bist und dich in die Konsumenten versetzt oder Politiker und dich in die Wähler versetzt. Immer dort wo es um die Bedürfnisse der anderen geht.

RBK: Was haben Sie von der Lehre an der Hauptuni mitgenommen – im Vergleich zu den Fähigkeiten, die Sie damals durch Strv, Fakultätsvertretung etc. mitgenommen haben?

EF: Also wenn ich ehrlich sein soll, dann hab ich von der Lehre nicht wahnsinnig viel profitiert. Während des Studiums habe ich ja kaum Volkswirtschaftslehre studiert – ich war eher organisatorisch tätig. Erst richtig VWL studiert habe ich nach meinem Magister. Das heißt ich habe vor allem gelernt zu organisieren, zu schreiben, unternehmerisch tätig zu sein, Arbeitskreise zu organisieren, in denen wir Marx und Keynes gelesen haben – Eigeninitiative ist sehr wichtig.

RBK: Jetzt lehren Sie an der Universität Zürich, wenn Sie die Universität dort mit Ihrer Studienzeit in Wien vergleichen...

EF: Die Studenten sind sehr brav – Sie haben auch allen Grund, brav zu sein! Ich unterrichte schon ganz was anderes, was damals unterrichtet wurde. Letztes Semester habe ich den goldenen Schwamm als beliebtester Professor bekommen, weil ich über Sachen erzähle, über die sie sonst nichts hören in

der Wirtschaftswissenschaft – Vertrauen, Altruismus, soziale Präferenzen, beschränkte Rationalität. Ich lasse viel von der modernen Forschung einfließen und erzähle nicht nur über die Sachen die man weiß, sondern auch über die Sachen über die man nichts weiß und warum. Es gibt eine hohe Zufriedenheit unter den VWLerInnen, es gab eine Umfrage laut denen die VWLerInnen am zufriedensten ist – und die BWLerInnen am unzufriedensten.

RBK: Hören die Studenten in Zürich auch Vorlesungen über Marx und Keynes etc.?

EF: Keynes und Marx unterrichtet kaum jemand, auch ich nicht. Marx ist ja extrem empiriefiern, das ist ja weitgehend empirisch unbestätigte Spekulation, was der gemacht hat. Der marxistische Ansatz hat sich als nicht sehr produktiv erwiesen in der Erforschung des wirtschaftlichen Verhaltens. In einem bestimmten Sinne sind wir alle Marxisten heutzutage, weil die Dominanz des Ökonomischen über das Politische oder Soziale schon sehr stark ist. Aber abgesehen von diesen sehr abstrakten Einsichten... Ein Fach, das sich über seine Ideengeschichte definiert, so wie die Soziologie über die Klassiker, ist für mich ein Beispiel, dass das Fach noch keine wirkliche Wissenschaft geworden ist. Ein Fach definiert sich über einen Kanon von verlässlichem Wissen. Und in der Ökonomie haben wir doch einen einheitlichen theoretischen Apparat, das ist die moderne Mikroökonomie und Spieltheorie. Wenn man diese Instrumente richtig anwendet – und nicht mathematisch verabsolutiert und nur noch in der Mathematik herumschwirrt, dann ist das ein sehr machtvolles Erkenntnisinstrument, davon war ich eigentlich schon früh überzeugt. Die Spieltheorie und die Mikroökonomie bilden die Sprache der Ökonomie. Wir starten mit dem Individuum, das Präferenzen und beliefs über das Verhalten der anderen hat. Ein Teil

meiner Forschung beruht darin, dass wir zeigen, dass das Individuum nicht ausschließlich egoistisch und rational definiert sind – und das hat wichtige Konsequenzen für das Verhalten für Individuen und ganzer Systeme.

RBK: Wie weit kann man durch Versuche mit 200 Personen, die man Situationen nachspielen lässt, das wirkliche Verhalten, das vielleicht erst in zehn Jahren Konsequenzen haben wird, nachvollziehen?

EF: Schauen Sie, Sie müssen sich fragen: „Wie verstehe ich Verhalten am besten?“ und da ist das Experiment ein möglicher Zugang. Andere Zugänge sind auch wichtig, die Beobachtung im Leben, da gibt es Bereiche wo das möglich ist. Es ist a priori keine Datenquelle der anderen überlegen. Durch das Experiment kann man enorm viel herausfinden, und sehr viele Einwände kann man relativ leicht entkräften. Und es zeigt sich, alle guten experimentell gewonnenen Verhaltensregularitäten bestätigen sich letztlich im Feld, da könnte ich viele Beispiele nennen.

RBK: Die gängige Mikroökonomie basiert auf der Grundlage des rationalen Verhaltens und der Eigennutzenmaximierung.

EF: Rationalität hat nichts zu tun mit Motiven, man kann ja auch ein rationaler Altruist sein. Rationalität heißt ja im Grunde nichts anderes transitive Präferenzen zu haben. Rationalität heißt, wenn ich das Glas Wasser dem kleinen Braunen vorziehe, dass ich dem Glas Wasser eine höhere Zahl zuordne, und dieser Zahl nennt der Ökonom Nutzen – aber ich könnte auch einen anderen Namen dafür finden. Sie ordnen Alternativen einfach. Das Nutzenmaximierungskalkül wird vielfach völlig missverstanden. Ich ordne der Alternative eine Zahl zu, und diese Zahl maximiere ich. Das ist nur eine Konvention. Der Fehler ist, dass der Begriff Nutzenmaximierung eine semantische Falle birgt, und man fälschlicherweise

damit etwas Egoistisches verbindet. Deshalb ersetze ich den Begriff Nutzenfunktion in meinen Vorlesungen durch Zielfunktion, und dann ist klar, dass der Mensch alle mögliche Ziele haben kann. Vor allem Betriebswirte, die nur ein halbes Semester Mikroökonomie haben, missverstehen das.

RBK: Auch zur Rechtfertigung.

EF: Genau, aber es gibt auch soziale Motive, und wenn Leute die verfolgen, sind sie nicht egoistisch. Rationalität und Nutzen haben, richtig verstanden, nichts mit Egoismus zu tun. Der richtige Streitpunkt muss sein, welche revealed preferences der Mensch hat, da ist die Mikroökonomie schwachbrüstig gewesen in der vergangenen Zeit. In der angewandten Ökonomie sieht man immer nur self-regarding preferences. Wenn ich other-regarding preferences habe, ist es mir nicht egal, ob das Kind in Nigeria an irgendeiner Krankheit stirbt. Das hat auch mit Externalitäten zu tun. Sobald man other-regarding preferences hat, gibt es keine Externalitätenfreiheit mehr, weil mein Konsum ihre Wohlfahrt beeinflusst.

RBK: Sie schreiben, dass die Einstellungen, bis zu welchem Grad man den Nutzen der anderen auch in seine Handlungen mit einbezieht, in verschiedenen Gesellschaften kulturell verschieden sind.

EF: Ja, es gibt Experimente über verschiedene Kulturen hinweg, die zeigen, dass Österreicher, Deutsche und Schweizer anders handeln als Araber oder Griechen.

RBK: Haben sich diese Verhaltensmuster geändert?

EF: Sie stellen eine extrem schwierige Frage, das weiß niemand. Es ist extrem schwierig, hier Kausalitäten zu ermitteln. Wie beeinflusst die Gesellschaft das Individuum, was heißt Gesellschaft? Man könnte zum Beispiel ermitteln, ob durch das ganze Gerede von der Nutzenmaximierung das Ökonomiestudium die

Leute egoistischer macht, es kann aber auch ein Selektionseffekt eintreten.

RBK: Glauben Sie, dass die Krise einen Einfluss auf diese other-regarding preferences hat, den Altruismus vielleicht sogar in eine Krise stürzt?

EF: Das ist die schwierigste Frage. Die Ökonomen gehen davon aus, dass Präferenzen relativ stabil sind. Diese Annahme halte ich nicht für völlig falsch. Ob die Krise die Präferenzen verändert? Diese extrem komplexe Frage kann niemand beantworten.

RBK: In Reaktion auf die Krise werden in der Management-Ebene öfter Initiativen gestartet, um soziales Kapital zu halten (z.B. bei Google). Glauben Sie, dass sich da ein Wandel abzeichnet?

EF: Google ist so profitabel, die können sich das leisten. Die Frage ist, was passiert, wenn die in die Zange genommen werden. Die Sache ist, dass ständig was im Wandel ist in der Wirtschaft. Da ist viel Positives geschehen, aber nicht nur – wenn ich da an die Kassiererin an der Supermarktkasse denke, ein körperlich anstrengender und geisttötender Job. Die Frage ist, wie man das ändern kann.

RBK: Eine neue Definition von Arbeit vielleicht?

EF: Ein Unternehmen ist immer eine Art Organisation, und die sind bürokratisch, und es gibt immer Situationen, wo es Vorgesetzte gibt, die nicht gut sind. Wenn man aber vom Eigeninteresse eines kapitalistischen Unternehmers ausgeht, der skilled labour benötigt, dann braucht der gut qualifizierte Leute, die Eigeninitiative an den Tag legen. Es gibt zwischen Arbeitnehmer und Kapitalisten gemeinsame Interessen und gegenläufige Interessen, das ist ja kein Geheimnis. Das lehrt uns die Spieltheorie völlig trivial. Die meisten Spiele sind keine Nullsummenspiele, es gibt

gegenläufige Interessen - die Lohnhöhe zum Beispiel.

RBK: Es gibt aber viele Leute, die bei der Arbeitssuche nicht nur lohnfixiert sind und auch mehr in einer Arbeit suchen – Stichwort Eigeninitiative. Hier scheint es aber zu wenig Angebot auf Seite der Arbeitgeber zu geben.

EF: In einer Untersuchung über Arbeitszufriedenheit, die wir durchgeführt haben, zeigt sich, dass bei zwei Personen, die die gleiche Arbeit verrichten, die besser ausgebildete zufriedener ist. Wir stellen auch fest, dass Leute mit höherer Ausbildung Jobs mit mehr Freiheitsgraden haben. Das ist wiederum klar, denn ein/e ArbeitgeberIn gibt jemandem Ungebildeten natürlich weniger Freiraum als jemandem, der wiederholt gezeigt hat, dass er/sie mit diesem Spielraum, diesem Vertrauen sich einsetzt für die Sache. Gestaltungsspielraum ist ein ganz wichtiger Bestandteil der Arbeitszufriedenheit.

RBK: Auf der Hochschulebene auch?

EF: Auf jeden Fall, richtig kanalisiert ist Eigeninitiative auch auf der Hochschulebene wichtig. Die größte Eigeninitiative hat es ja früher bei den philosophischen Studien gegeben, mit dem Resultat, dass dann 18 Semester für das Studium gebraucht wurden. Diese Selbstdisziplin gehört dazu, bei jedem Job gibt es Durststrecken. Auch auf wissenschaftlicher Ebene: was glauben Sie, wie oft man ein Paper überarbeiten muss, damit es angenommen wird? Auch beim RBK: Wir haben unsere politischen Gegner zermartert, weil wir jede Woche eine Zeitung rausgebracht haben – auch wenn sie nur 5 Seiten hatte, und wenn die Matrizen gerissen sind, mussten wir alles noch mal schreiben. Selbstdisziplin und Verantwortung braucht man für jede Art von Erfolg – egal ob man ein Entwicklungshilfeprojekt in Afrika durchziehen oder reich werden will.

RBK: Hat Ihnen der RBK bei der Ausprägung dieser Fähigkeiten geholfen?

EF: Ja, aber es sind auch Leute hingegangen, die schon prädestiniert waren.

RBK: Was würden Sie heute studieren?

EF: Ich würde wieder VWL studieren, denn wichtige Fragen sind noch ungeklärt: Wie beeinflusst die Gesellschaft das Individuum, also die Präferenzen des Individuums? Was sind die neurobiologische Wurzeln von Präferenzen und beliefs – Die ganze Neuroökonomie? Ein Dauerbrenner ist auch: Wann wirkt sich individuell irrationales Verhalten auf die Gesellschaft aus und wann hat es keinen Einfluss – das berühmte Aggregationsproblem? Und dann die Makroökonomie – das ist ein einziger Torso, da gibt es fast nur ungelöste Fragen. Da ist das Feld, wo sich noch die meisten Ideologen tummeln, weil es eben so schwierig ist, weil der a priori Glauben eine größere Rolle spielt als empirische Evidenz, da hält sich das Bild vom Homo Oeconomicus noch sehr starr, da kann man nur den Kopf schütteln.

RBK: Ein anderes Thema noch: Wenn man die Politik beim Regeln aufstellen für die Finanzwirtschaft beobachtet, kann man ja meinen, dass sie bis jetzt grandios gescheitert ist. Sind Sie der Meinung, dass die Politik an die Ökonomie an Macht verloren hat über die Jahre und dass das demokratiegefährdend ist?

EF: Es ist immer demokratiegefährdend, wenn Politik käuflich ist. Es braucht Schranken der Finanzierung der Politik durch private Großspender. Ob das wirklich mehr geworden ist, kann man schwer sagen. Vor hundert Jahren war der Einfluss vielleicht größer. Jetzt haben wir zumindest eine gewisse Presse. Solche generalisierten Fragen sind schwer zu beantworten, dazu müsste man erst Macht

definieren.

RBK: Was haben Sie von den Studierendenprotesten im vergangenen Jahr mitbekommen?

EF: Die sind ja entstanden durch die Ressourcenknappheit im Hochschulbetrieb. Ich glaube, dass

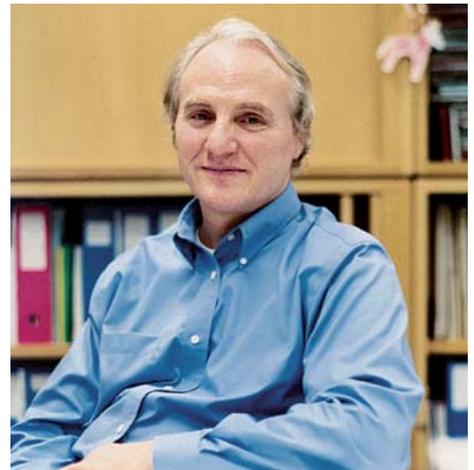


Abbildung 10-1: Ernst Fehr

die forschungsnahen Bildung der Wachstumsmotor schlechthin ist – es ist gefährlich, diese Bereiche unterzuversorgen.

RBK: Herr Fehr, vielen Dank!

# KOMMENTAR ZU FEHR

Beim Lesen des Interviews mit Herrn Fehr stellen sich ambivalente Gefühle ein. Einerseits ist es ein Gespräch mit einer intelligenten Person, das über weite Strecken sehr erhellend ist. Herr Fehr versteht es beispielsweise, nicht gerade triviale Missverständnisse darüber, was Rationalität

und Nutzen eigentlich bedeuten, pointiert und in knappen Worten zu vermitteln. Hier wird es nachvollziehbar, warum er von der Studierendenschaft den goldenen Schwamm als beliebtester Professor bekommen hat. Andererseits gibt es doch einige Stellen, an denen man stutzt. Einige Passagen sollen daher an dieser Stelle kommentiert werden. Dabei soll dieser Kommentar jedoch nicht als Angriff auf die Person des Herrn Fehr interpretiert werden. Dieser Text beruht grundlegend auf der Interpretation einiger Zitate Herrn Fehrs, die zutreffen mögen oder auch nicht. Im Zweifelsfall sollte daher die Argumentation für sich stehen und nicht notwendigerweise auf die Person, deren Zitate interpretiert werden, bezogen werden.

## Der Kanon

Wenn Herr Fehr über Wissenschaft spricht, erkennt man in ihm sofort den empirischen Wissenschaftler. Jedoch ist das Bild der Wissenschaftstheorie, welches er im Interview andeutet, zu hinterfragen. Wenn Herr Fehr sagt, ein Fach definiere sich über einen Kanon von verlässlichem

Wissen, so ist natürlich zunächst einmal davon auszugehen, dass mit dieser Aussage empirische Wissenschaften gemeint sind. In non-empirischen Wissenschaften wie der Philosophie oder der Mathematik lässt sich per definitionem kein Kanon von verlässlichem Wissen aufstellen. Die Philosophie als

nicht eingrenzbarer Wissenschaft von Sinn, Wesen und Erkenntnis gibt sich selbst ihre Regeln. Sie mag zwar über die Wirklichkeit sprechen, doch einer empirischen Überprüfung ihrer Grundsätze verschließt sie sich selbstverständlich. Die Mathematik als Formalwissenschaft stellt eine – über weite Strecken – in sich konsistente Tautologie dar, die keine empirischen Sachverhalte beschreibt und sich dadurch ebenfalls der Empirie entzieht.

Betrachten wir also die Aussage unter der Annahme, dass hier Wissenschaften gemeint sind, welche prinzipiell empirisch überprüfbar sind. Wenn wir die Aussage wörtlich nehmen, so offenbart sich Herr Fehr hier als Anhänger des logischen Positivismus. Wenn sich ein Fach auf einen Kanon von verlässlichem Wissen stützen sollte, so impliziert dies, dass bestimmte Aussagen des Fachs verifiziert werden können. Diese Aussagen bilden ein Fundament für weitere Erkenntnis, wodurch wir von

Erkenntnis zu Erkenntnis schreiten und unserem Wissenskanon stets neue Aussagen hinzufügen können. Eine Kritik dieser Position wäre ermüdend, da diese bereits in wesentlich besseren Worten formuliert wurde. Der geneigten LeserIn sei an dieser Stelle die Lektüre von „Die beiden Grundprobleme der Erkenntnistheorie“ von Karl Popper ans Herz gelegt, beziehungsweise ein Besuch eines Kurses bei Herrn Milford am hiesigen Institut angeraten.

Wir können die Aussage allerdings auch weniger streng interpretieren. So könnte es sein, dass Herr Fehr hier zwar unbedachterweise eine positivistische Aussage macht, jedoch ein Falsifikationist im wissenschaftlichen Handeln und Denken ist. Dies scheint nicht weit hergeholt zu sein im Anbetracht der Tatsache,

dass Herr Fehr anerkanntes Mitglied der wissenschaftlichen ökonomischen Community ist, welche sich zu großen Teil auf Popperianische Erkenntnistheorie beruft. Jedoch ist zu bedenken, dass in solch einer falsifikationistischen Position implizit eine Annahme steckt. So geht Herr Fehr implizit davon aus, dass die Wissenschaft eines Fachs nach einer singulären erkenntnistheoretischen Methode funktionieren muss. Hier lohnt ein Blick in die Geschichte der von ihm geschmähten Soziologie, namentlich zum zweiten Methodenstreit.

Der zweite Methodenstreit fand in den 60er Jahren zwischen Vertretern des Kritischen Rationalismus und der Frankfurter Schule statt. Die Kritischen Rationalisten propagierten die Anwendung der falsifizierenden Methode in den Sozialwissenschaften. Sie betrachten das Gebiet

der Sozialwissenschaften als eines empirischer Probleme, die wissenschaftlich gelöst werden müssen. Dies habe mittels empirisch überprüfbarer Aussagen zu geschehen, welche einer harten Überprüfung unterzogen werden müsse. Für einen solchen Zugang zur Wissenschaft muss der/die WissenschaftlerIn jedoch ein/e neutrale/r, exzentrierte/r BeobachterIn sein, der/die an den Gegenstand seiner/ihrer wissenschaftlichen Untersuchung sine ira et studio herantritt.

Die Anhänger der Frankfurter Schule hingegen sehen den Wissenschaftler in der Gesellschaft, in der er lebt, gefangen. Die gesellschaftlichen Strukturen würden das Denken eines jeden Menschen und damit auch das des Wissenschaftlers prägen. Es sei daher unmöglich, gesellschaftliche Strukturen anhand der Überprüfung einzelner Aussagen, welche ja nur aus dem gesellschaftlich induzierten Denken entspringen können, zu analysieren. Daher sei es das Ziel der Sozialwissenschaften diese gesellschaftlichen Strukturen aufzudecken und zu analysieren, um sie überwindbar zu machen. Aus diesem Grund sei es eben auch nicht möglich, die Sozialwissenschaften

von ihrem metaphysischen Überbau zu trennen.

Der Autor dieser Zeilen betrachtet sich nicht als Anhänger der Frankfurter Schule. Dennoch erscheint ihm der Blick in die von Herrn Fehr ob ihres Selbstverständnisses geschmähte Soziologie wertvoll. Denn obwohl sich der Autor dieser Zeilen als Popperianer sieht, bedeutet ein Studium der Erkenntniskritik der Frankfurter Schule für ihn einen Erkenntnisgewinn. Schließlich ist es nur schwer möglich, über das von der Gesellschaft geprägte Denken hinauszudenken. Die Unmöglichkeit der eigenen perfekten Exzentrierung muss dem Wissenschaftler bewusst sein, während er versucht, sich davon zu befreien.

### Die Sprache der Ökonomie

Wenn Herr Fehr im Weiteren die Spieltheorie und moderne Mikroökonomie als Sprache der Ökonomie definiert, so ist dies vor dem Hintergrund des ersten Zitats zu sehen. Denn was für Herrn Fehr Wissenschaft ausmacht, ist empirische Überprüfbarkeit, die einen „verlässlichen Kanon an Wissen“ schafft – was immer auch damit jetzt exakt gemeint ist, sei dahingestellt. Betrachtet man aus diesem Blickwinkel den Zustand der heutigen Volkswirtschaftslehre, so ist diese Position nachvollziehbar. Spieltheorie und moderne Mikroökonomie generieren falsifizierbare Hypothesen, die beispielsweise in Experimenten beliebig empirisch überprüfbar sind. Blickt man jedoch in die Makroökonomie, so offenbart sich hier ein Feld, welches kaum falsifizierbare Hypothesen generiert. Wenn Herr Fehr also gegen Ende des Interviews konstatiert, dass die Makroökonomie das Feld ist, auf dem sich die meisten Ideologen tummeln, so ist ihm hierbei zuzustimmen. Allerdings scheint Herrn Fehr vorzuzugewehen, wenn er die moderne Mikroökonomie als Sprache der Ökonomie definiert, dass die Makroökonomie sich (noch) mehr der Mikroökonomie öffnen müsse. Nach Meinung dieses Autors kann es allerdings nicht die Lösung sein,

makroökonomische Probleme mit mikroökonomischen Methoden zu behandeln. Mikroökonomische Methoden auf die Makroebene hochzurechnen ist gefährlich simplifizierend, da auf Makroebene oft andere Gesetze herrschen als auf Mikroebene. Erhellend ist hier der Blick gerade zur Physik, zu der Ökonomen – bewusst oder unbewusst – ob der ehernen formulierten Gesetze neidvoll aufblicken. Kein anerkannter Physiker würde versuchen, planetarische Bewegungen auf Basis von Quantenmechanik zu berechnen. Mikro- und Makroebene bedürfen nicht der gleichen Methodologie, wobei natürlich für Hypothesen beider Ebenen stets die empirische Überprüfbarkeit gegeben sein muss. Die Herausforderung für die Makroökonomie muss daher sein, ein Research Program zu entwickeln, welches die Generierung von empirisch überprüfbaren Hypothesen erlaubt. Jedoch wäre es irrig zu glauben – man möge die Formulierung verzeihen – am mikroökonomischen Wesen habe die Welt zu genesen.

### Neuroökonomie als Wissenschaft

Schließlich soll es auch nicht unkommentiert bleiben, wenn Herr Fehr die neurobiologischen Wurzeln der Präferenzen zu den wichtigen ungelösten Fragen der Ökonomie erklärt. Denn zunächst sollte man hinterfragen, ob die Ziele, die die Neuroökonomie erreichen will, mit ihren Methoden überhaupt erreicht werden können. Man kann die Ökonomie als Versuch zu erklären, worin menschliche Präferenzen begründet sind und wie Entscheidungsprozesse ablaufen, betrachten. Nun ist es schwierig, in den menschlichen Geist hineinzuschauen und die ablaufenden Denkprozesse zu beobachten. Daher wurde und wird in der ökonomischen Profession zu meist mehr oder weniger versucht, aus dem Verhalten der Menschen auf ihre Entscheidungsprozesse rückzuschließen. Die Neuroökonomie gibt sich nun den Anschein mittels neurobiologischer Methoden ebendiesen Entscheidungsprozess

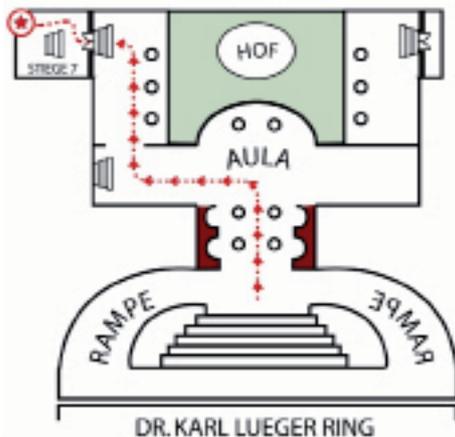
beobachten zu können. Doch das muss entschieden zurückgewiesen werden. Die Neurobiologie vermag mitnichten, einem Menschen in den Kopf zu schauen. Vielmehr wird mit allerlei aufwendigen Gerätschaften die Durchblutung von Hirnarealen gemessen. Wenn sich nun die Durchblutung eines bestimmten Hirnareals so wird geschlossen, dass ebendieses Hirnareal in der Entscheidungsfindung aktiv ist. Und je danach, wo diese vermeintliche Hirnaktivität stattfindet, wird in Korrelation zu anderen Umständen, in denen ebenfalls dieses Hirnareal am Bildschirm aufleuchtet, darauf geschlossen, welche Denkprozesse ablaufen. Allein aus dieser Kette ist schon erkennbar, dass diese Schlussfolgerungskette auf sehr wackligen Beinen steht.

Wenn man jedoch noch weiter bedenkt, dass die Messung der Hirnaktivität eine sehr ungenaue Methode darstellt, so ist am Wert jeglicher neuroökonomischer Aussagen stark zu zweifeln. Genau diesem Problem haben sich bereits einige Wissenschaftler gestellt und es auf humorvolle Art und Weise dargestellt. Bennett et al (2009) hatten die Idee, die Hirnaktivität eines Lachses mittels eines MRT zu messen. Dem Lachs wurden Bilder von Menschen in sozialen Situationen mit spezifischer emotionaler Semantik gezeigt. Der Lachs wurde dabei gefragt, welche Emotionen die Menschen in ebendieser Situation empfinden würden. Dabei ist zu beachten, dass die Wissenschaftler trocken vermerken: „The salmon was approximately 18 inches long, weighed 3.8 lbs, and was not alive at the time of scanning.“ Obwohl der Lachs selbst zwar bereits nicht mehr lebte, konnte der MRT dennoch stark signifikante Hirnaktivität feststellen. Dies zeigt einerseits zuerst einmal, dass die Krankheit, von statistischer Signifikanz auf Wissenschaft zu schließen, offenbar nicht nur in der Ökonomie verbreitet ist. Andererseits illustriert es ganz einfach die Probleme der Neurobiologie, der sich die Neuroökonomien auch bewusst sein sollten, wenn sie ihre Wissenschaft betreiben.

# ABBILDUNGSVERZEICHNIS

ABBILDUNG 1-1.....S.3	Copyright_Cea..jpg (500 × 500 pixels, file size: 46 KB, MIME type: image/jpeg)
ABBILDUNG 2-1.....S.4	Joachim S. Müller, (500 x 333 pixels), 488KB, type.image/jpeg
ABBILDUNG 3-1.....S.5	<a href="http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/6/66/John_Maynard_Keynes.jpg">http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/6/66/John_Maynard_Keynes.jpg</a> , (250 × 300 pixels), 20,33 KB
ABBILDUNG 4-1.....S.8	<a href="http://farm1.staticflickr.com/28/35423710_fab41c0049_b.jpg">http://farm1.staticflickr.com/28/35423710_fab41c0049_b.jpg</a> , (1.024 × 768 pixels), 139,97 KB
ABBILDUNG 5-1.....S.10	Steven Depolo, (334 × 500 pixels), 87,79 KB
ABBILDUNG 6-1.....S.12	Enrico Radloff, <a href="http://farm4.staticflickr.com/3659/3677715963_f7210d7ef2.jpg">http://farm4.staticflickr.com/3659/3677715963_f7210d7ef2.jpg</a> , (500 × 333 pixels), 83,31 KB
ABBILDUNG 7-1.....S.13	Ken Teegardin, (500 × 282 pixels), 86,41 KB
ABBILDUNG 8-1.....S.15	<a href="http://www.flickr.com/people/j1x4r/">http://www.flickr.com/people/j1x4r/</a> , (333 × 500 pixels), 84,15 KB
ABBILDUNG 9-1.....S.17	<a href="http://radioboston.wbur.org/files/2011/11/1102_harvard">http://radioboston.wbur.org/files/2011/11/1102_harvard</a> (624 x 468 pixels), 100,17 KB
ABBILDUNG 10-1.....S.20	<a href="http://www.uzh.ch/news/articles/2008/3162/fehr.jpg">http://www.uzh.ch/news/articles/2008/3162/fehr.jpg</a> , (340 × 352 pixels), 30,73 KB

# PERSÖNLICHE ERREICHBARKEIT



In der SCHILDBURG (neben Stiege 7)  
Hauptgebäude, Universität Wien,  
Dr. Karl-Lueger Ring 1,  
1010 Wien

## Journaldienste:

Di 11.00 - 13.00  
Mi 11.00 - 12.00 und 13:00 - 15:00

Auch außerhalb der Journaldienstzeiten wird sich meistens ein(e) hilfsbereite(r) Student(in) in der Schildburg finden!

Tel: +43-1- 4277-19 634

# ERREICHBARKEIT UND INFOS

Der Name DER ROTE BÖRSENKRACH (RBK) bezeichnet nicht nur diese Zeitung, sondern ist auch der Name der BASISGRUPPE VWL an der WIWI Fakultät, die älteste noch bestehende Basisgruppe der Uni Wien. Es gibt Möglichkeiten für alle, die sich über das übliche Lehrangebot hinaus engagieren wollen, zum Plenum zu kommen und Ideen einzubringen.

## Der Rote Börsenkrach / StV VWL

Hauptgebäude, Universität Wien,  
Dr. Karl-Lueger Ring 1,  
1010 Wien

Tel: +43-1- 4277-19 634  
Web: [www.univie.ac.at/strv-vwl](http://www.univie.ac.at/strv-vwl)  
Mail: [stvvwl@univie.ac.at](mailto:stvvwl@univie.ac.at)

# PLENUMSTERMIN: MITTWOCH 19H30 - SCHILDBURG